

Parlamentssitzung vom 24.06.2024

Protokoll

Schloss Köniz, Rossstall
19:00 – 21:30 Uhr

Vorsitz

Arlette Mürger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident
Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), Stimmenzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmenzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Dominik Fischli (Grüne)
Rahel Gall (SP Frauen)
Michael Gerber (GLP)
Kathrin Gilgen (SVP)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)
Ursina Sara Lehner (SP Frauen)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
Jürg Mosimann (Die Mitte)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Simon Stocker (Junge Grüne)
Katja Streiff (EVP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Verena Remund-von Känel

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Dominic Amacher (FDP)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat

PAR 2024/54

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Änderung Bildungssteuerung - Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission**
Beschluss; Direktion Bildung und Soziales
3. **Geschäftsreglement des Parlaments, Änderungen zur Effizienzsteigerung des Parlamentsbetriebs**
Beschluss; Parlamentsbüro
4. **V2218 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Erstunterzeichnende haben das letzte Wort"**
Abschreibung; Parlamentsbüro
5. **Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung der Gemeinde Köniz, Strategie**
Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe
6. **V2320 Motion (Grüne, Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Förderung von Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
7. **V2402 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Regionales Kompetenzzentrum, Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland (RKZ BBM)"**
Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
8. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 24. Juni 2024.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten: Ronald Sonderegger und Katja Streiff. Ich gratuliere euch noch ganz herzlich.

Heidi Eberhard hat sich bereit erklärt, heute ein Znüni mitzubringen. Sie hat für uns ganz viele feine Sommerfrüchte mitgebracht. Merci vielmals Heidi.

Zu den Entschuldigungen: Aus dem Parlament entschuldigt sind Tatjana Rothenbühler und Dominic Amacher. Michael Gerber kommt später. Vom Gemeinderat entschuldigt ist Thomas Brönnimann. Es sind somit 37 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Wir kommen zum Traktandum 1, zur Traktandenliste. Die neue Traktandenliste ist seit 18.06.2024 auf der Parlamentswebseite online. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Dies ist nicht der Fall, damit erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/55

Änderung Bildungssteuerung – Anpassung Bildungsreglement, Einsetzung einer nichtständigen parlamentarischen Kommission

Beschluss und Wahl; Direktion Bildung und Soziales (*Fortsetzung der Behandlung vom 17.6.2024*)

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament setzt zur Begleitung der Vorarbeiten und zur Vorberatung der Parlamentsvorlage zur Anpassung des Bildungsreglements eine nichtständige parlamentarische Kommission „Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement“ gemäss Art. 66 GO ein.
2. Die Kommission besteht aus 7 Parlamentsmitgliedern; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.
3. Die Kommission hat folgende Aufgaben:
 - a. Diskussion und Rückmeldung zu den von der Direktion BSS erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen und Steuerungsmodellen
 - b. Begutachtung und formelle Prüfung des Parlamentsgeschäfts «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement»
 - a. Berichterstattung im Parlament über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung des Geschäfts mit Abstimmungsempfehlung zu Händen des Parlaments unter Angabe des Stimmenverhältnisses in der Kommission.
4. Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:
5. Als Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident wird gewählt:
6. Der Auftrag der nichtständigen Kommission «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement» dauert längstens bis zur Beschlussfassung im Parlament.

Diskussion

Fortsetzung der Diskussion vom 17. Juni 2024:

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Wir fahren mit der Behandlung dieses Geschäfts weiter. Das Eintreten wurde an der letzten Sitzung beschlossen. Wir sind in der Diskussion verblieben. Wird das Wort aus dem Parlament nochmals gewünscht?

Monika Röthlisberger, Grüne: Seit dem vergangenen Montag hat die Fraktionsleitung der Grünen/Jungen Grünen sich mit den anderen Fraktionen und auch mit der Gemeindekanzlei ausgetauscht, um unseren Standpunkt besser zu erklären und um die genauen nächsten Schritte abzuklären. Ich will dies hier kurz nochmals für alle zusammenfassen:

Nach dem Doppelrücktritt unserer Schulkommissionsmitglieder konnten wir keine Nachfolger:innen finden, weil wir den potentiellen Kandidaten und Kandidatinnen nicht zusichern konnten, dass ihre Arbeit als Schulkommissionsmitglied dann auch tatsächlich dem offiziellen Aufgabenbeschrieb entspricht – nämlich 200 Stunden im Jahr strategische und beratende Aufgaben. Wir konnten ihnen ebenfalls nicht zusichern, dass die Schulkommission in ausserordentlichen Situationen in der Lage ist, als gut geführtes Team zu funktionieren und Spitzenbelastungen gemeinsam zu schultern. Wir konnten keine Nachfolger:innen finden, weil niemand, welcher das Anforderungsprofil erfüllt, bereit gewesen wäre, sich zur Wahl zu stellen.

Wir können niemanden vorschlagen, von dem wir nicht überzeugt sind, dass er oder sie die Anforderungen erfüllt und auch während des Tages und während der Woche zeitlich auch verfügbar ist. Das wäre aus unserer Sicht gegenüber der Schulleitungen und gegenüber der Kommission verantwortungslos. Konkret heisst dies: Wir verzichten darauf, dem Parlament Nachfolger:innen zur Wahl vorzuschlagen. Wir verzichten auf unseren Sitzanspruch bis Ende der jetzigen Amtsperiode und wir stellen diese Sitze für Kandidaturen anderer Parteien zur Verfügung. Wie wir den Fraktionen im Vorfeld mitgeteilt haben, ist der Ablauf für diesen Fall so, dass ihr uns Kandidaturen aus euren Parteien mit Brief der Partei, Lebenslauf und Motivationsschreiben bis am 14. Juli übermittelt. Wir reichen diese Kandidaturen dann der Gemeindeganzlei zu Händen des Gemeinderates ein und das weitere Vorgehen ist wie üblich. Wir sind auch weiterhin überzeugt, dass dieser Verzicht auf den Sitzanspruch in der Schulkommission kein Nachteil für die Arbeit einer zukünftigen grünen Präsidentin einer parlamentarischen Kommission ist. Und dass diese Kommission unter ihrer kompetenten Führung eine zukunftsfähige Führungsstruktur der Bildung Köniz erarbeiten kann. Das gerade, weil sich unsere Partei und Fraktionsleitung zusammen mit den Schulkommmissionsmitgliedern seit Jahren intensiv mit der aktuellen Steuerungsstruktur auseinandergesetzt haben. Wir empfehlen euch Christina Aebischer, welche über Jahre in diesen Dialog eingebunden war, darum zur Wahl als Mitglied und als Kommissionspräsidentin.

Géraldine Boesch, SP-Frauen: Nach wie vor unterstützt die SP/JUSO-Fraktion die Bildung einer Bildungssteuerungskommission. Wir sprechen uns aber klar gegen eine Verkleinerung der Kommission aus, da bei diesem wichtigen und brisanten Thema mehr Köpfe zum Mitdenken gefordert sind.

Wir haben das letzte Mal noch einen Vorwand bezüglich der Kandidatur von Andrea Winzenried als Mitglied der Bildungssteuerungskommission vorgebracht. Dort ist es so, dass ein Kommissionsmitglied, welches über die Zukunft einer anderen Kommission, welcher sie ebenfalls angehört, mitbestimmt. Dies ist aus Government-Sicht kritisch zu beurteilen. In diesem Punkt sind sich beinahe alle einig. Die SVP-Fraktion hat darum auch eine juristische Abklärung bei der Gemeinde eingeholt und da die Arbeit in dieser Schulkommission materiell vergütet wird, besteht in diesem Fall bei Andrea Winzenried zwar ein potentieller Interessenskonflikt, jedoch kann man mit einer Ausstandsregelung damit umgehen. Im Fall eines Auflösungsentscheids, müsste Andrea in den Ausstand treten. Da die SP/JUSO-Fraktion die Innen-Perspektive eines Mitglieds der Schulkommission als Mehrwert für den gesamten Prozess der Überarbeitung der Bildungssteuerung erachtet und vor dem Hintergrund dieser juristischen Abklärungen, wird sich die SP/JUSO-Fraktion nicht gegen die Wahl von Andrea Winzenried in die Bildungssteuerungskommission aussprechen.

Noch zum Präsidium von Christina Aebischer: Die vergangenen Tage haben Klärung gebracht, wir haben es jetzt auch nochmals gehört. Die SP/JUSO-Fraktion kann heute die Beweggründe der Grünen besser nachvollziehen, dass sie diese beiden Sitze in der Schulkommission nicht mehr besetzen können und wollen. Nichtsdestotrotz, hätte sie sich von Beginn an einen Dialog und ein überparteiliches und koordiniertes Vorgehen betreffend dem Umgang mit diesen freiwerdenden Sitzen gewünscht. Da in der Zwischenzeit in Aussicht gestellt wurde, dass eine solche Lösung gefunden wird und das ist auch bereits aufgegleist, halten wir an der Unterstützung von Christina Aebischer als Präsidentin der Bildungssteuerungskommission fest. Denn wir denken, dass sie die notwendigen Kompetenzen mitbringt, um diese Kommission gut führen zu können.

Selin Lopez, FDP: Tatsache ist, das, was letzte Woche geschah, ist nicht optimal gelaufen – definitiv nicht. Wir sind nicht einverstanden, wie das ganze gelaufen ist, das Verhalten stösst uns extrem sauer auf und entsprechend werden wir jetzt auch heute dieses Verhalten nicht unterstützen und uns bei der Wahl der Präsidentin der Stimme enthalten.

Dann noch im Hinblick auf unseren Antrag: Wir halten daran fest, dass fünf Köpfe genug sind und das so ein viel effizienteres – was ja heute Abend auch noch ein Thema sein wird – vorankommen bedeuten wird. Darum bitte ich um Unterstützung unseres Antrags.

Gemeinderat, Hans-Peter Kohler, FDP: Nur noch ganz kurz. Ich habe zwar noch überlegt, ob ich noch etwas sagen soll. Doch Monika hat schon zum zweiten Mal Pfeile abgeschossen - vermutlich partiell gegen mich oder gegen das Gremium - dass man diesen Kandidaten, wenn diese von den Grünen gestellt worden wären, nicht hätte zusichern können, dass die Schulkommission bei schwierigen Lösungen diese Verantwortung hätte wahrnehmen können. Hört damit auf! Ihr müsst nicht Probleme, welche zum Teil bei euch entstanden sind, jetzt auf meine Person oder auf die Strukturen transferieren. Es wird einfach viel mühsamer, wenn wir diese Mitglieder nicht haben, doch hört auf, dies auf die Kommission und auf den Präsidenten abzuschieben. Das ist nicht ganz fair, was ihr hier macht. Das wollte ich nochmals sagen.

Ansonsten geht mich die Wahl und alles nichts an, aber ich kann dies nicht so stehen lassen. Wir haben auch eine gute Verwaltung, wir haben ein externes Mandat genommen, welches das Sekretariat führt. Es wäre zu bewältigen gewesen und die Kompetenz ist auch da, doch das hat nichts mit dem anderen zu tun.

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 1 (Einsetzen einer nichtständigen parlamentarischen Kommission)

Das Parlament setzt zur Begleitung der Vorarbeiten und zur Vorberatung der Parlamentsvorlage zur Anpassung des Bildungsreglements eine nichtständige parlamentarische Kommission „Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement“ gemäss Art. 66 GO ein.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Beschluss über Abänderungsantrag der FDP zu GR-Antrag Ziffer 2

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der FDP zu:

Die Kommission besteht aus **7 5 Parlamentsmitgliedern**; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.

(Abstimmungsergebnis: 20 Zustimmung, 17 Ablehnung)

Schlussabstimmung über GR-Antrag Ziffer 2 (Anzahl Kommissionsmitglieder)

Die Kommission besteht aus **5** Parlamentsmitgliedern; für die Zusammensetzung ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen ergeben hat. Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 3 (Aufgaben der Kommission)

Die Kommission hat folgende Aufgaben:

- a. Diskussion und Rückmeldung zu den von der Direktion BSS erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen und Steuerungsmodellen
- b. Begutachtung und formelle Prüfung des Parlamentsgeschäfts «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement»
- c. Berichterstattung im Parlament über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung des Geschäfts mit Abstimmungsempfehlung zu Händen des Parlaments unter Angabe des Stimmenverhältnisses in der Kommission.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 6 (Dauer des Auftrags)

Der Auftrag der nichtständigen Kommission «Änderung Bildungssteuerung, Anpassung Bildungsreglement» dauert längstens bis zur Beschlussfassung im Parlament.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Géraldine Boesch, SP Frauen: Vor dem Hintergrund der Verkleinerung der Kommission, ziehen wir die Kandidatur von Franziska Adam, SP Frauen, zurück.

Wahl der Kommissionsmitglieder

Als Kommissionsmitglieder werden gewählt:

- Christina Aebischer, Grüne
- Mayra Faccio, SP Frauen
- Mark Kobel, FDP
- Katja Streiff, EVP (Sitz der GLP)
- Andrea Winzenried, SVP

(Wahlergebnis: stillschweigend)

Wahl des Kommissionspräsidiums

Als Kommissionspräsidentin wird Christina Aebischer, Grüne gewählt.

(Wahlergebnis: stillschweigend)

PAR 2024/56

Parlamentsbetrieb Effizienzsteigerung, Änderung Geschäftsreglement des Parlaments Beschluss; Parlamentsbüro

1. Ausgangslage

Mit der vorliegenden Teilrevision des Geschäftsreglements des Parlaments werden einerseits die vom Parlament am 13.1.2023 mit 18 gegen 15 Stimmen erheblich erklärte Motion 2218 "Erstunterzeichnende haben das letzte Wort" und andererseits die Beschlüsse des Parlamentsbüros vom 2.3.2023 zur Effizienzsteigerung des Parlamentsbetriebs umgesetzt.

Im Rahmen einer Umfrage hat das Parlamentsbüro zwischen Ende Oktober 2022 und Januar 2023 die Fraktionen und den Gemeinderat zu verschiedenen Massnahmen zur Steigerung der Effizienz des Parlamentsbetriebs befragt. An der Sitzung vom 2. März 2023 hat das Parlamentsbüro die Ergebnisse der Umfrage gesichtet und folgende Massnahmen beschlossen:

- Regelung Redezeit Erstunterzeichnende von parlamentarischen Vorstössen und parlamentarischen Initiativen
- Regelung Redezeit bei Einzelvoten
- Regelung Redezeit bei Voten zu Motionen mit Richtliniencharakter
- Neue Regelung des Instruments "Anfrage"
- Maximale Anzahl der Fragen bei einer Interpellation
- Verlängerung Erfüllungsfrist – Kompetenz an Parlamentsbüro

Das Ergebnis der Umfrage wurde den Fraktionen und dem Gemeinderat mit Mail vom 6.3.2023 eröffnet. Gleichzeitig teilte das Parlamentsbüro mit, welche konkreten Massnahmen vorgesehen sind.

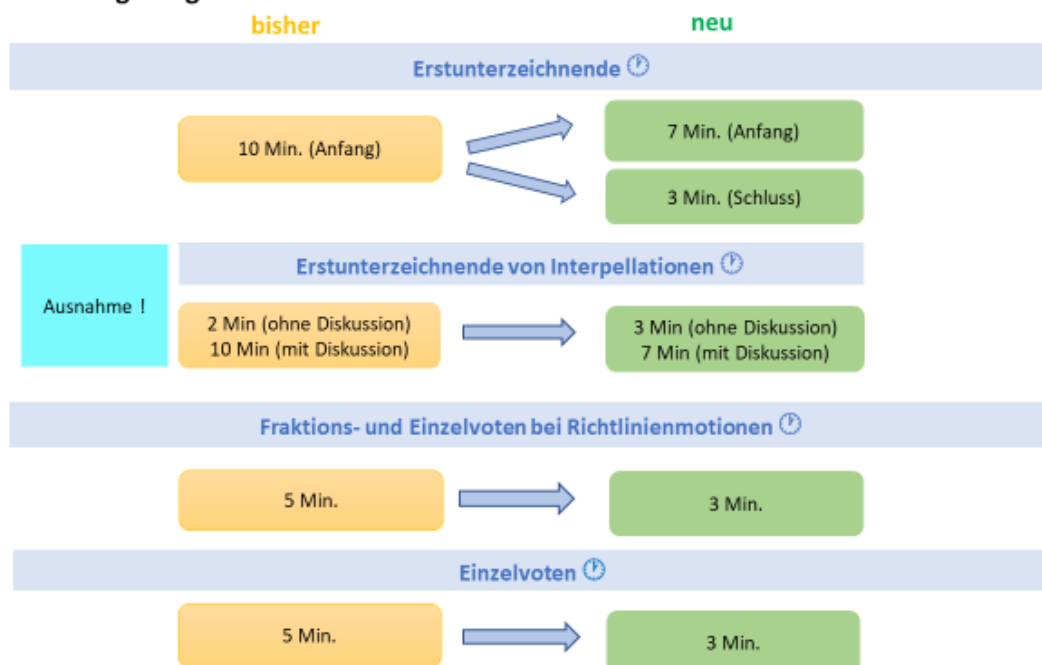
Diese Massnahmen erfordern Änderungen des Geschäftsreglement des Parlaments, die im Folgenden erläutert werden.

2. Änderungen des Geschäftsreglements des Parlaments (GRP)

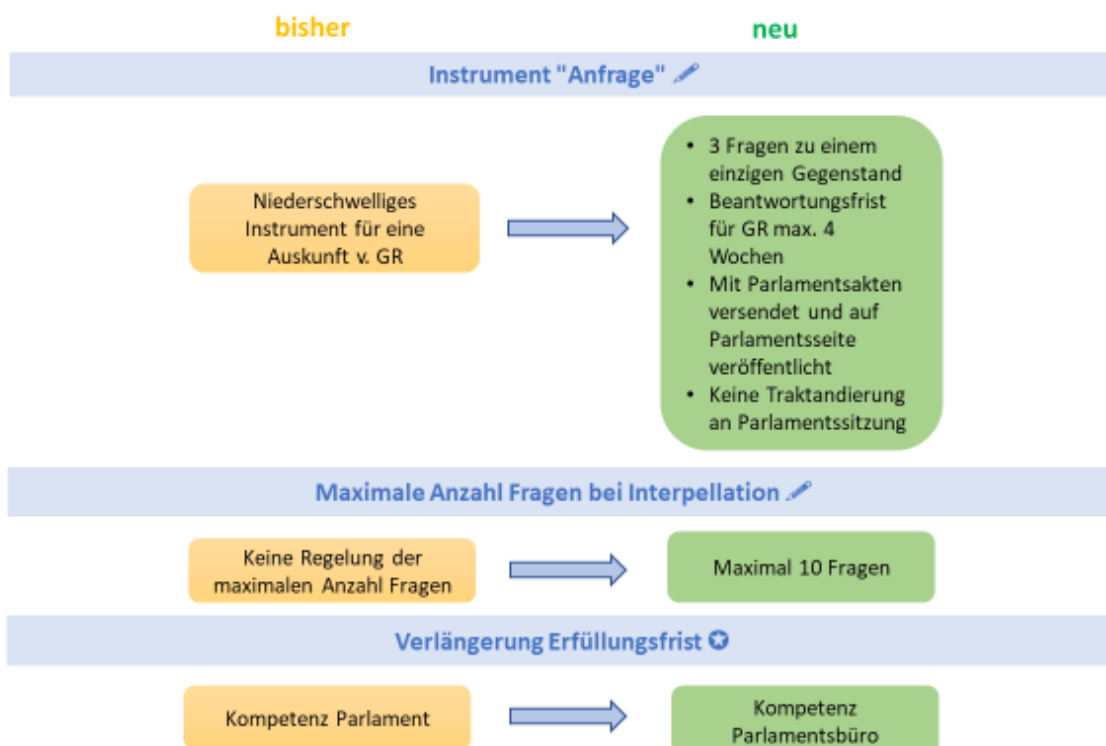
2.1 Schematische Darstellung der bisherigen und neuen Regelungen

Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb

Neue Regelungen der Voten:



Weitere neue Regelungen:



2.2 Erläuterungen zu den Änderungen

Regelung Redezeit Erstunterzeichnende von parlamentarischen Vorstössen und parlamentarischen Initiativen

Die Motion 2218 "Erstunterzeichnende haben das letzte Wort" verlangt, dass bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse (Motionen/Postulate) und parlamentarischer Initiativen der/die Erstunterzeichnende immer zuerst das Wort erhält sowie am Ende der Diskussion auf Wunsch nochmals das Wort erhält.

Das Parlamentsbüro hat die Ausgestaltung der Redezeit diskutiert. Es ist zum Schluss gekommen, dass die Redezeit für Erstunterzeichnende in 7 Minuten (erstes Votum) und 3 Minuten (Schlussvotum) aufgeteilt werden soll. Diese Regelung begründet das Büro damit, dass Erstunterzeichnende für das erste Votum ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden soll, damit sie ihre Argumente zu Beginn der Diskussion darlegen können. Am Ende der Diskussion sollen Erstunterzeichnende nochmals die Möglichkeit haben, auf Voten der Parlamentsmitglieder oder des Gemeinderats zu reagieren und dafür bei Bedarf, 3 Minuten Redezeit zu erhalten. Das Parlamentsbüro lehnt sich bei diesem Vorschlag an die Ergebnisse der Umfrage zur Effizienzsteigerung.

Eine besondere Regelung wird für die Redezeit von Erstunterzeichnenden von Interpellationen beantragt:

Redezeit bisher	Redezeit neu
2 Minuten, wenn keine Diskussion stattfindet.	3 Minuten, wenn keine Diskussion stattfindet. → Vereinfachung, analog neue Regelung Einzelvoten
10 Minuten, wenn Diskussion beschlossen.	7 Minuten, wenn Diskussion beschlossen. → Kein Schlusswort nach neuer Regelung

Regelung Redezeit bei Einzelvoten

Im Rahmen der Umfrage unter den Fraktionen und im Gemeinderat hat sich eine Mehrheit für die Einschränkung der Redezeit für Einzelvoten ausgesprochen und eine Kürzung der Redezeit von 5 auf 3 Minuten befürwortet.

Auch das Parlamentsbüro begrüsst diese Redezeitverkürzung bei Einzelvoten. Es ist der Meinung, dass Voten generell kurz, prägnant und auf die wesentlichen Argumente beschränkt sein sollten.

Regelung Voten bei Motionen mit Richtliniencharakter

Bei den Fraktionen besteht mehrheitlich Einigkeit darüber, dass bei der Einreichung von Motionen mit Richtliniencharakter Zurückhaltung ausgeübt werden sollte, zumal der Gegenstand in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderats liegt.

Das Parlamentsbüro schlägt deshalb vor, die Redeordnung bei Richtlinienmotionen entsprechend zu kürzen.

Neue Regelung des Instruments "Anfrage"

Das Parlamentsbüro hat sich eingehend mit der Idee einer "Express-Anfrage" beschäftigt. Das Instrument soll den Parlamentsmitgliedern eine schnelle, günstige und zeitsparende Möglichkeit bieten, über einen Gegenstand Auskunft zu erhalten.

Bereits heute steht den Parlamentsmitgliedern das Instrument der Anfrage zur Verfügung. Im Geschäftsreglement des Parlaments wird die Anfrage aber nur kurz erwähnt (Art. 54 GRP). Die Praxis zeigt ausserdem, dass das Instrument der Anfrage im Könizer Parlament in der Vergangenheit selten angewendet worden ist, obgleich es eine einfache, niederschwellige Möglichkeit bietet, über einen Gegenstand der Gemeinde Auskunft zu erhalten.

Das Parlamentsbüro erachtet es deshalb als sinnvoll, eine neue Regelung für das bestehende Instrument "Anfrage" einzuführen und damit dessen Anwendung attraktiver zu machen.

Eine verstärkte Nutzung dieses Instruments könnte eine Reduktion der Wortmeldungen im Traktandum "Verschiedenes" bewirken, was wiederum zu einer Effizienzsteigerung beitragen könnte.

Die Anfrage soll konkret auf drei Fragen zu einem einzelnen Gegenstand beschränkt werden. Sie kann nicht dringlich erklärt werden, da die Frist bei dringlich erklärten Vorstössen bereits generell auf einen Monat reduziert ist. Die Anfrage kann entweder auf Papier (mit Unterschrift) oder per E-Mail (ohne Unterschrift) eingereicht werden. Eine Anfrage oder eine Interpellation kann vom Parlamentspräsidium zurückgewiesen werden, wenn die Anzahl Fragen überschritten wird oder diese mehr als einen Gegenstand betreffen. Das Parlamentsbüro schlägt eine Beantwortungsfrist von maximal vier Wochen vor. Danach wird die Antwort des Gemeinderats mit den Parlamentsakten versendet und auf der Parlamentsseite veröffentlicht. Somit ist die Antwort auf die Anfrage für das Parlament trotzdem sichtbar. Die Anfrage wird im Parlament nicht mehr als Traktandum behandelt.

Maximale Anzahl der Fragen bei einer Interpellation

Eine Mehrheit des Parlamentsbüros hat sich dafür ausgesprochen, die Anzahl der Fragen bei einer Interpellation auf ein Maximum von 10 Fragen zu limitieren. Nach Ansicht des Büros könnte diese Massnahme ebenfalls dazu beitragen, die Parlamentssitzungen zu straffen.

Verlängerung Erfüllungsfrist – Kompetenz an das Parlamentsbüro

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Kompetenzübertragung des Parlaments an das Parlamentsbüro zur Verlängerung der Erfüllungsfrist eines parlamentarischen Vorstosses. Das Geschäftsreglement des Parlaments sieht aktuell in Art. 61 Abs. 2 vor, dass ein entsprechender Beschluss ausschliesslich durch das Parlament im Rahmen der traktandierten Behandlung des Vorstosses gefällt werden kann. Nach Ansicht des Parlamentsbüros könnte die Sitzungsdauer von Parlamentssitzungen durch das Wegfallen von Fristverlängerungen gestrafft werden und somit zur gewünschten Effizienzsteigerung des Parlamentsbetriebs beitragen.

3. Erheben der Redezeiten

Das Parlamentsbüro hat an sechs Sitzungen vom März bis und mit August 2023 die Redezeiten erhoben und das Resultat analysiert:

Inkl. Varia

Row Labels	Kürzeste Dauer	Durchschnittliche Dauer	Längste Dauer	Standardabweichung
Erstunterzeichnervotum	00:00:06	00:05:34	00:12:18	00:03:20
Kommissionsvotum	00:00:28	00:04:40	00:09:51	00:02:29
Gemeinderatsvotum	00:00:06	00:04:08	00:15:53	00:03:38
Fraktionsvotum	00:00:57	00:03:48	00:08:47	00:01:50
Einzelvotum	00:00:12	00:02:17	00:07:23	00:01:48
Grand Total	00:00:06	00:03:42	00:15:53	00:02:38

Exkl. Varia

Varia	FALSE
-------	-------

Row Labels	Kürzeste Dauer	Durchschnittliche Dauer	Längste Dauer	Standardabweichung
Erstunterzeichnervotum	00:00:06	00:05:34	00:12:18	00:03:20
Kommissionsvotum	00:00:28	00:04:40	00:09:51	00:02:29
Gemeinderatsvotum	00:00:06	00:04:33	00:15:53	00:03:43
Fraktionsvotum	00:00:57	00:03:48	00:08:47	00:01:50
Einzelvotum	00:00:12	00:02:26	00:07:23	00:01:52
Grand Total	00:00:06	00:03:50	00:15:53	00:02:37

Exkl. Kürzestvoten

Kürzestvotum	FALSE
--------------	-------

Row Labels	Kürzeste Dauer	Durchschnittliche Dauer	Längste Dauer	Standardabweichung
Erstunterzeichnervotum	00:01:17	00:05:52	00:12:18	00:03:09
Kommissionsvotum	00:01:16	00:04:52	00:09:51	00:02:21
Gemeinderatsvotum	00:00:35	00:04:45	00:15:53	00:03:33
Fraktionsvotum	00:00:57	00:03:48	00:08:47	00:01:50
Einzelvotum	00:00:30	00:02:32	00:07:23	00:01:46
Grand Total	00:00:30	00:03:56	00:15:53	00:02:33

Die Erhebung zeigt, dass insbesondere die Kommissions- und Gemeinderatsvoten im Durchschnitt deutlich unter den erlaubten 10 Minuten Redezeit liegen. Auch Erstunterzeichnende (10 Minuten) und Einzelvotantinnen und -votanten (5 Minuten) schöpfen die Redezeit im Durchschnitt nicht aus. Die Fraktionsprechenden nutzen ihre Redezeit eher aus. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die maximalen Redezeiten grösstenteils nicht voll ausgeschöpft und nur vereinzelt überschritten werden.

4. Einbezug Fraktionspräsidien und Gemeinderat

Die Vorlage wurde den Fraktionspräsidien anlässlich der Zusammenkunft vom 17.8.2023 in groben Zügen vorgestellt. Die Präsidien konnten zur Vorlage Inputs z.Hd. des Parlamentsbüros einbringen. Auch dem Gemeinderat wurden die Massnahmen vorgestellt.

Der Gemeinderat hat im November 2023 weitere Vorschläge unterbreitet. Die Fraktionspräsidien und das Parlamentsbüro haben diese diskutiert und ihre Stellungnahmen festgehalten (vgl. Beilage 4) Schlussendlich hat das Parlamentsbüro noch besondere Debattenformen erwogen:

Fraktionsdebatte	Proportionale Gleichberechtigung der politischen Kräfte. Gleichmässige Verteilung der Redezeit auf die Fraktionen (nach Fraktionsgrösse oder gleichmässig auf alle Fraktionen)	Anstelle der Redezeiten Allenfalls nur in besonderen Fällen (z.B. hohe Geschäftslast)
Schriftliches Verfahren	Entscheid ohne Debatte Verabschiedung ohne Beratung	Nur bei unbestrittenen Geschäften
Kurze Zwischenfragen statt Einzelvoten	Präzise Zwischenfrage, wenn von den Redner:innen zugelassen.	

Aus den folgenden Gründen verzichtete das Parlamentsbüro darauf, diese näher zu prüfen:

- Die besonderen Debattenformen werden in verschiedenen Schweizer Gemeinden praktiziert, um die Geschäftslast zu reduzieren. Ihre Wirksamkeit auf die Reduktion der Sitzungsdauer ist jedoch nicht erwiesen.
- Die Entwicklung der jährlichen Sitzungsstunden des Parlaments (2015-2023)¹ zeigt, dass die Sitzungsdauer in dieser Zeit nicht stark zugenommen hat. Mit 47,5 Stunden lag sie 2021 auf einem Höchststand. Dies war auf den Nachholbedarf aus dem Vorjahr zurückzuführen, wo Sitzungen wegen der Coronapandemie nicht stattfinden konnten. Die Dauer der Sitzungen war 2020 deshalb auf einem Tiefststand.
- In letzter Zeit ist spürbar, dass sich die Parlamentsmitglieder um Sitzungseffizienz bemühen. Die neu praktizierte stillschweigende Annahme wird offensichtlich begrüsst und akzeptiert.

5. Inkrafttreten der neuen Regelung

Die Reglementsänderung tritt am 1.1.2025 in Kraft.

6. Weitere Massnahmen zur Steigerung der Effizienz

Das Parlamentsbüro hat weitere, von den Fraktionen gewünschte Massnahmen, beschlossen, die keine Reglementsänderungen erfordern. Diese werden im Vademecum ergänzt.

	Massnahme
1	Die Bereitstellung der Akten auf der Parlamentswebseite erfolgt jeweils am Montag (vier Wochen vor der Parlamentssitzung). Der Post-Versand der Akten erfolgt am Donnerstag nach Bereitstellung der Akten auf der Webseite.
2	Hinweis, dass die juristische Vorprüfung eines Antrags gemäss vorgegebenem Prozess eingehalten werden sollte.
3	Zurückhaltung beim Einreichen von Interpellationen und Richtlinienmotionen

¹ Vgl. Beilage 2 (Auszug aus dem Jahresbericht 2023)

4	Empfehlung der Zurückhaltung bei Einreichung von Richtlinienmotionen mit vorgängigen Überlegungen zu folgenden Fragestellungen: <ul style="list-style-type: none"> - Ist Thema so wichtig, dass es im Parlament diskutiert werden muss, auch wenn der abschliessende Entscheid beim Gemeinderat liegt? - Wird etwas gefordert, dass der Gemeinderat sowieso macht?
5	Möglichst keine Wiederholung von bereits Geschriebenem oder Gesagtem
6	Jährliche oder halbjährliche Zusammenkünfte zwischen Parlamentspräsidium und Fraktionspräsidien mit dem Ziel der Reflexion des Parlamentsbetriebs.
7	Keine Debatte zu unbestrittenen Geschäften (inkl. Vorstösse).

7. Umfrage Sitzungstag/-start

Die Auswertung der Umfrage bei den Parlamentsmitgliedern und beim Gemeinderat zum Sitzungstag bzw. zum Sitzungsstart im Mai 2023 hat ergeben, dass eine Mehrheit das bisherige Modell (Sitzungstag: Montag, Sitzungsstart 19.00 Uhr) gegenüber einem neuen bevorzugt.

8. Finanzen

Die neue Regelung hat gegenüber dem bestehenden System keine finanziellen Auswirkungen. Einsparungen können mögliche Nebeneffekte (z.B. beim Sitzungsgeld) sein. Diese sind jedoch nicht das primäre Ziel der Vorlage.

9. Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat hat zur Änderung des Reglements Stellung genommen (vgl. Beilage 3).

Antrag Parlamentsbüro

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament stimmt den Änderungen des Geschäftsreglements des Parlaments gemäss Entwurf zu.
2. Die Änderungen treten am 1.1.2025 in Kraft.

Köniz, 23. April 2024

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- 1) Entwurf Reglementsänderung
- 2) Parlamentsbetrieb, Statistik Jahresbericht 2023
- 3) Stellungnahme Gemeinderat vom 13.3.2024
- 4) Massnahmenvorschläge Gemeinderat vom 10.11.2023 und 13.3.2024 mit Stellungnahmen Fraktions-/Kommissionspräsidien und Parlamentsbüro

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um einen Beschluss des Parlamentsbüros. Ihr habt die folgenden Sitzungsakten: Den Bericht und den Antrag des Parlamentsbüros mit der Stellungnahme des Gemeinderates sowie die Antwort des Parlamentsbüros auf diese Stellungnahme und eine neue Tischvorlage mit Anträgen des Gemeinderates und der SVP.

Zum Vorgehen: Zuerst hat das Parlamentsbüro das Wort, dann folgen zur allgemeinen Diskussion die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder, der Gemeinderat und dann das Parlamentsbüro.

Dann gehen wir zur Detailberatung mit den Anträgen zu den einzelnen Artikeln und Voten zu den Anträgen. Dann folgt der Gemeinderat und das Parlamentsbüro. Zum Schluss folgt die Abstimmung. Wir haben dem Parlament am 10.06.2024 per Mail mitgeteilt, dass die Anträge zum Reglement schriftlich vorliegen müssen. Wir haben euch heute die neue Tischvorlage zukommen lassen und über das Abstimmungsprozedere informiert. Frage an das Parlamentsbüro: Gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht?

Parlamentsbüro, Casimir von Arx, GLP: Ich habe folgende Ergänzung: Auf Seite 5 des Parlamentsantrags haben wir die weiteren Massnahmen aufgeführt, die keine Reglementsänderung nach sich ziehen, sondern nur im Vademecum ergänzt werden. Hier gibt es eine Änderung: Massnahme 1 sieht vor, dass die elektronische Version der Parlamentsakten künftig jeweils am Montag online zur Verfügung gestellt wird. Wir passen das wie folgt an: "Die elektronische Version wird am Montag oder am Dienstag zur Verfügung gestellt". Grund für diese Anpassung ist, dass am Montag teilweise noch nicht alle Unterlagen vollständig geliefert sind und dass die Aktenaufbereitung manchmal zeitlich mit den letzten Vorbereitungen für eine Kommissions- oder Parlamentssitzung zusammenfällt. Wenn die Unterlagen am Dienstag kommen, ist das aber immer noch zwei Tage früher als bisher – denn heute kommen sie am Donnerstag, so wie die Papierunterlagen.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Laura Hoffman, Junge Grüne: Die Grünen/Jungen Grünen danken dem Parlamentsbüro für die Arbeit zu diesem nicht einfachen Thema der Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb, wo man an verschiedenen Massnahmen gleichzeitig geschraubt hat und das immer wieder im Austausch mit den Fraktionen und dem Gemeinderat. Der Weg zum Ergebnis hat so einen deliberativen Charakter, die Entscheidungen dahinter sind nachvollziehbar und dass damit auch gleich noch die Motion "Erstunterzeichnende haben das letzte Wort" abgehandelt wird, ist sinnvoll. Nun, aus unserer Sicht, führen die neuen Regelungen und Änderungen im Geschäftsreglement des Parlaments wohl kaum zu grossen Verbesserungen. Auf der anderen Seite können wir mit diesen Anpassungen wohl alle noch gut weitermachen und in unserem Amt walten. Ein Zeichen, in welche Richtung es gehen soll, ist sicher gesetzt. Das ist gut und ob sich in diesem neuen Rahmen die Effizienzsteigerung zeigt, darauf sind wir gespannt. Es hängt ja letztlich von uns allen und der Zusammenarbeit ab.

Vor dem Abschluss zwei Punkte aus der Fraktionsdebatte für ein differenziertes Stimmungsbild: Die Grünen/Jungen Grünen finden die Kompetenzverschiebung zur Verlängerung der Erfüllungsfristen eines parlamentarischen Vorstosses unter Vorbehalt gut. Uns ist es hier wichtig, dass das Parlamentsbüro die Möglichkeit zur Rücksprache mit den Fraktionen dann auch entsprechend nutzt und die Fraktionen transparent über die Gründe für allfällige Fristverlängerungen oder nicht gewährte Fristverlängerungen informiert werden. In diesem Zusammenhang finden wir es schade, dass das Parlamentsbüro nicht bereits konkret ausgearbeitet hat, was es wann und wie kommunizieren wird.

Und noch ganz grundsätzlich ist es uns ein Anliegen, dass dort, wo Diskussionsbedarf besteht, wir hier im Parlament unsere Zeit dafür haben um diese Diskussionen zu führen - auch wenn wir uns dann nicht einig werden, wann etwas gesagt werden muss und wann nicht und sich das so nicht gleichgestimmt ausdrückt. Die Effizienzsteigerung soll sich künftig mit weiterführenden, angeregten, respektvollen und kontroversen Diskussionen vereinbaren lassen.

Wir Grüne/Junge Grüne finden darum den Beschluss schlicht und einfach "okay", stimmen grossmehrheitlich zu, aber grosse Effizienzsteigerungen erhoffen wir uns davon nicht. Im Übrigen lehnen wir den Antrag der SVP ab.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP-Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion teilt das Anliegen einer Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb und dankt dem Parlamentsbüro für die ausgearbeiteten Änderungsvorschläge. Jedoch ist sie der Meinung, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht zielführend sind und der Parlamentsbetriebs dadurch nicht effizienter wird. Warum? Weil wir der Überzeugung sind, dass es sich um ein Kulturproblem des Parlaments handelt, welches mit zusätzlichen Regeln nicht gelöst werden kann, geschweige denn mit einer Überregulation. Ein Beispiel zu dieser Überregulation – wer mitlesen möchte: Art. 39 auf Seite 3 des Geschäftsreglements.

Die aktuelle Formulierung:

"Art. 39, Abs. 1: Die Redezeit beträgt für Referentinnen und Referenten von vorberatenden Kommissionen, Mitglieder des Gemeinderates und Erstunterzeichnende von parlamentarischen Vorstössen und parlamentarischen Initiativen für die erste Wortmeldung 10 Minuten, für jede weitere sowie für alle übrigen Rednerinnen und Redner 5 Minuten."

Soweit zu dieser verständlichen und pragmatischen Formulierung. Neu zu ändern:

"Art. 39, Abs. 1:

Die Redezeit beträgt

- a) *für Referentinnen und Referenten von vorberatenden Kommissionen 10 Minuten für die erste Wortmeldung, 5 Minuten für jede weitere Wortmeldung;*
- b) *für Mitglieder des Gemeinderates 10 Minuten für die erste Wortmeldung, 5 Minuten für jede weitere Wortmeldung;*
- c) *für Erstunterzeichnende von Interpellationen:*
 - aa) *wenn keine Diskussion stattfindet: 3 Minuten;*
 - bb) *wenn eine Diskussion beschlossen wurde (Art. 59 Abs. 2): 7 Minuten für die erste Wortmeldung, 3 Minuten für jede weitere Wortmeldung;*
- d) *für Erstunterzeichnende von übrigen parlamentarischen Vorstössen und von parlamentarischen Initiativen 7 Minuten für die erste Wortmeldung, 3 Minuten für jede weitere Wortmeldung;*
- e) *für Fraktionsvoten:*
 - aa) *bei der Behandlung von Motionen mit Richtliniencharakter 3 Minuten;*
 - bb) *bei allen übrigen Geschäften 5 Minuten;*
- f) *für alle übrigen Rednerinnen und Redner 3 Minuten.*

Wir in Köniz sind ein Milizparlament und das wollen wir von der SP/JUSO-Fraktion auch so beibehalten. Wo liegt hier in dieser Überregulation die Miliztauglichkeit auf Parlamentsebene? Zudem: Jede Regel verlangt nach Kontrolle. Ich beneide die Person nicht, welche mit dem Geschäftsreglement in der einen und mit der Stoppuhr in der anderen Hand, die Einhaltung der Redezeit zu kontrollieren hat.

Insbesondere der Einführung eines neuen Instruments, einer im Antrag sogenannten "Express-Anfrage", steht die SP/JUSO-Fraktion kritisch gegenüber. Dieses soll eingeführt werden, um eine Reduktion an Wortmeldungen unter Varia zu bewirken. Abgesehen davon, dass die Redebeiträge unter Varia in letzter Zeit stark abgenommen haben und zwar ohne, dass das Geschäftsreglement geändert wurde, erhöht die Erfüllungsfrist dieser Anfrage – sie beträgt einen Monat – den Druck auf die bereits belastete Verwaltung.

Die SP/JUSO-Fraktion sieht es zudem als problematisch an, wenn Fristverlängerungen zukünftig nicht mehr im Parlament verhandelt werden. Die Argumente für oder gegen eine Fristverlängerung resp. die zeitliche Anberaumung einer Frist wäre für die Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbar.

Bei der vorgeschlagenen Änderung der Redezeit für Erstunterzeichnende von parlamentarischen Vorstössen und parlamentarischen Initiativen, sorgt die Umverteilung der bereits geregelten zehn Minuten Gesamtzeit, auf sieben Minuten für das erste Votum und drei Minuten für das Schlusswort, unterm Strich nicht für eine Zeitersparnis. Im Gegenteil, durch die Möglichkeit eines Schlussworts wird es wahrscheinlicher, dass das Wort erneut ergriffen wird und so die Gesamtredezeit der Erstunterzeichnenden steigt. An dieser Stelle schicke ich voraus, dass die SP/JUSO-Fraktion der Abschreibung der Motion "Erstunterzeichnende haben das letzte Wort" zustimmen wird.

Den Abänderungsantrag der SVP betr. Änderung des Inkrafttretens lehnen wir ebenfalls einstimmig ab, weil wir finden, wenn schon, dann soll dies doch bitte sorgfältig vorbereitet werden.

Da wir grundsätzlich keine Effizienzsteigerung im Geschäft "Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb" erkennen können, lehnt die SP/JUSO-Fraktion die Änderungen des Geschäftsreglements ab.

Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez: Eigentlich habe ich im Sinn der Effizienzsteigerung ein kurzes Votum halten wollen. Nach dem Entwurf eines etwas längeren Votums habe ich mir gesagt, das ist zu viel. Das was hier schwarz ist, war mein ursprüngliches Votum. Dann habe ich es auf das, was hier blau geschrieben ist, gekürzt, also wirklich viel kürzer. Und entstanden ist jetzt das und das hat einen Grund: Und zwar war ich etwas konsterniert, als ich die Meldung erhalten habe, der Gemeinderat hat sich hier im Sinne der Effizienzsteigerung im Parlament eingebracht. Da habe ich mich gefragt, dass wir ja als Parlament effizienter werden wollen und da muss doch eigentlich jeder dafür sein. Das ist mir wirklich etwas sauer aufgestossen. Der eine Antrag, drei Fragen, einen Monat - das muss doch drin liegen? Es sind *drei* Fragen.

Eine Interpellation welche für dringlich erklärt wurde, muss auch innerhalb eines Monats beantwortet werden und hat vielleicht zukünftig 10 Fragen – im Moment sogar noch mehr. Ich fand, das kann nicht sein.

Die Arbeit ist gemacht, das Parlamentsbüro hat die Fraktionen eingebunden - auch die SP war in dieser Arbeit eingebunden und dass sie jetzt hier sagen, nein, wir wollen nicht effizienter arbeiten, das verstehe ich einfach nicht. Das macht uns als FDP, wirklich starke Bauchschmerzen. Ich frage mich, wie wir noch effizienter sein wollen. Und falls man Artikel 39 nicht versteht, diese Grafik hier, diese hilft, um diesen zu verstehen. Das habt ihr in der Vorbereitung ja sicherlich auch angeschaut und falls nicht, schaut es euch an und wir werden hier alle in diesem Parlamentsbüro gut eingewiesen, wenn wir dieses Präsidium einmal übernehmen, dann wissen wir, welche Zeiten gelten. Und wenn ihr in eurer Fraktion nicht sicher seid, fragt doch eure Vertreter im Parlamentsbüro, wie lange euer Votum sein darf. Für etwas sind wir ja ein Kollegium und helfen einander.

Ich will nicht mehr länger werden und mittlerweile habe ich gemerkt, wenn ich so viel schreibe, das ist auch nicht effizient. Darum halte ich es jetzt kurz: Wir unterstützen den Antrag der SVP und wir folgen dem Antrag des Parlamentsbüro.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Wir danken allen Beteiligten, hier ganz besonders der Fachstelle Parlament und der Fachstelle Recht, für ihre Arbeit, welche sie geleistet haben, für diese Effizienzsteigerung, welche hier heute vorliegt. Das war eine breite Konsultation, mit Gemeinderat und Fraktionspräsidien.

Es ist alles gut dokumentiert und begründet, warum einige Vorschläge nicht berücksichtigt werden konnten. Ich spreche hier zum Beispiel den Sitzungsbeginn an, da wurde eine breite Umfrage gemacht, und wenn die ganz grosse Mehrheit des Parlaments der Meinung ist, man sollte dies so beibehalten, dann können wir als Parlament dies nicht ändern. Und es ist auch bei anderen Sachen so, welche vielleicht zuvor von der SP kritisiert wurden. Wir können im Parlament nicht einfach alles ändern, was vielleicht jemand gut findet. Wir hätten uns zum Beispiel auch vorstellen können, dass die Interpellationen hier nicht mehr diskutiert würden – dies als wirklich starke Effizienzsteigerungsmassnahme. Aber wir haben bald einmal gemerkt, dass dies nicht mehrheitsfähig ist und darum haben wir darauf verzichtet, hier einen Antrag zu stellen. Und wenn wir einzelne Sachen nicht gut finden, dann hätte man einen Antrag stellen können, anstelle alles so schlecht darzustellen. Denn so schlecht sind die Vorschläge gar nicht. Es sind homöopathische Regelungen, homöopathische Änderungen, verkürzte Redezeiten - man kann mit kurzen Voten ohnehin mehr erreichen, als mit langen, das habe ich in meinen Jahren in der Politik gemerkt. Und bei den Redezeiten ist es uns besonders wichtig, dass nicht einfach der Parlamentsantrag runtergelesen, sondern der Inhalt zum Geschäft wiedergegeben wird. Das ist alles im Vademecum festgehalten, das hat eigentlich gar nichts mit dem Reglement zu tun, sondern ist die Kultur der Zusammenarbeit, wie es heute bereits gesagt wurde. Das ist beinahe wichtiger, als das Reglement, dass wir hier eine gute Kultur haben, wie wir zusammenarbeiten. Ich verweise hier noch auf Punkt 6 im Vademecum, welchen ich sehr wichtig finde.

Jetzt zur heiss diskutierten Änderung der Anfrage. Dieses Instrument gibt es bereits, es wurde einfach fast nie genutzt. Ich bin, so glaube ich, immer noch der Einzige in diesem Parlament, welcher mal eine Anfrage gemacht hat. Das wird schlicht nicht gebraucht und konsequent wäre wenn schon, man würde diese Anfrage abschaffen, aber nicht so beibehalten, dass sie niemand anwendet. Das macht keinen Sinn. Für mich ist es eine Chance, diese jetzt hier zu ändern. Eine dringliche Interpellation hatte übrigens die gleiche Frist, wie die Anfrage. Genau die gleiche Frist. Es ist also nicht eine Express-Übung, welche der Gemeinderat nicht erfüllen kann. Er hätte dies bereits jetzt so machen müssen, wenn er eine dringliche Interpellation erhalten hätte. Und bis jetzt hätte eine dringliche Interpellation bis zu 30 Fragen beinhalten können, das habt ihr hier auch bereits erlebt. Ich verstehe diese Opposition gegen diese Express-Anfrage daher wirklich nicht. Diese macht Sinn, wenn ihr zum Beispiel ein Thema habt, welches ihr in der Zeitung seht oder wenn euch etwas interessiert, dann könnt ihr drei fundierte Fragen stellen und der Gemeinderat kann fundiert Antwort geben. Dies anstelle, dass man hier unter Verschiedenem manchmal Diskussionen hat, für welche der Gemeinderat, welcher angesprochen ist, nicht einmal da ist. Ich sehe daher wirklich nur Vorteile. Ich muss aber auch sagen, wenn man das nicht will, dann streichen wir es dann besser, anstatt hier wieder etwas zu zaubern, was niemand anwendet.

Unser Antrag zur Inkraftsetzung: Auch hier sind wir *jetzt* mit diesem Prozess voll im Gang. Wir haben es *jetzt* auf dem Tapet und wir wissen, worüber wir sprechen. Wir konnten *jetzt* diese ganzen Geschichten anschauen. Für uns macht es nicht viel Sinn, jetzt wieder ein halbes Jahr oder noch länger zuwarten, bis man dies in Kraft setzt, sondern man kann es einfach ganz pragmatisch machen. Wir haben auch gewisse Sachen, welche nicht im Reglement sind, bereits umgesetzt - so diskutieren wir nicht mehr alle Vorstösse. Ich verstehe nicht, warum man jetzt noch zuwarten soll.

Doch daran soll es nicht scheitern. Ob unser Antrag durch kommt oder nicht, wir unterstützen dieses Geschäft und wir sind froh, wenn wir etwas effizienter werden können.
Zu den Anträgen des Gemeinderates komme ich später noch separat.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Parlamentsbüro für die Arbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft und die vorgeschlagene Neuregelung zur Optimierung des Parlamentsbetriebs. Wir nehmen sehr positiv zur Kenntnis, dass die Motion "Erstunterzeichnende haben das letzte Worte" in unserem Sinn in das vorliegende Geschäft eingeflossen ist und die Erstunterzeichnenden für ein Schlussvotum bei Bedarf nochmals drei Minuten Redezeit bekommen sollen. Darum erkläre ich bereits an dieser Stelle, dass wir bei der Annahme dieses Geschäfts der Abschreibung zustimmen werden und kein Extra-Votum mehr halten werden. Dies im Sinn der Effizienzsteigerung.

Und dann noch als Wunsch bzw. als Bemerkung für die Interpellation: Eine Frage, heisst *eine* Frage und es sollen unseren Erachtens nicht wieder drei Fragen in eine solche Frage hinein verschachtelt werden, so wie dies immer wieder geschieht.

Dann sage ich, wie wir uns zu den verschiedenen Vorstössen positionieren werden: Einerseits werden wir der Ziffer 1 des Antrags zustimmen, andererseits werden wir die SVP unterstützen und die Anträge des Gemeinderates werden wir ablehnen. Wir werden dafür nicht mehr nach vorne kommen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Dem Gemeinderat ist es, so wie euch auch, ein Anliegen, dass das Könizer Parlament miliztauglich bleibt. Wir haben den Eindruck, dass in letzter Zeit ein Trend zur Kantonalisierung, wie im Grossen Rat, stattgefunden hat und immer noch stattfindet. Dieser Trend ist noch im Gang, aber immer nur in jenen Teilbereichen, in welchen sich der Aufwand für die Verwaltung, für die Fachstelle Parlament und für die Kommissionen erhöht und man nimmt hier nicht spezifisch auf die Situation von Köniz Rücksicht. Wir sind bedeutend kleiner, als der Kanton und wir haben auch eine bedeutend schlankere Verwaltung und das ist auch angemessen.

Der Gemeinderat bedauert es, dass das Parlamentsbüro die Vorschläge des Gemeinderates für zusätzliche Massnahmen nicht aufgenommen hat und sich auf wenige kleinere Anpassungen im Parlamentsbetrieb beschränkt hat. Wir finden es auch schade, dass wir hier auch nie richtig Rückmeldung dazu erhalten haben, denn wir hätten ein echtes Interesse daran gehabt, diese Massnahmen zu diskutieren. Wir haben nämlich einen Dialog im Sinne eines Ideenaustausches initiiert, welcher zuerst auch sehr gut stattgefunden hat, aber dann wurde dieser abgebrochen. Und diese Vorschläge, welche wir gemacht haben, wären ebenfalls wie beim Kanton gewesen, nur eben solche, welche zu einer Reduktion des Aufwandes führen, das hat Reto Zbinden zuvor bereits gesagt. Wir hätten zum Beispiel vorgeschlagen, dass Interpellationen nicht mehr diskutiert werden, dass es zum Beispiel keine separaten Abschreibungsanträge mehr gibt – ihr könnt sie nachlesen, sie sind etwas versteckt, aber hinten im Antrag findet ihr sie.

Wir möchten betonen, dass wir weiterhin offen für einen solchen Austausch sind, damit wir Ideen und Anpassungen gerne ergebnisoffen diskutieren können, denn wir sind sicherlich alle einig, dass die vorliegenden Anträge noch nicht alle Probleme lösen werden.

Zu den einzelnen Anträgen von uns, werde ich dann später bei den Anträgen noch etwas sagen.

Parlamentsbüro, Casimir von Arx, GLP: Zur Grundsatzdebatte: Ich danke für die weitgehend gute Aufnahme des Geschäfts.

"Parlare" heisst reden. Damit ist in aller Kürze alles gesagt, was ein Parlament macht. Wir sind da, um Debatten zu führen. Aber die verfügbare Zeit ist begrenzt. Vor allem für ein Milizparlament. Wir möchten, dass Debatten stattfinden und dass sie möglichst ergiebig sind. Wer etwas Wichtiges zu sagen hat, soll es sagen können. Wichtige Debatten dürfen nicht unterbunden werden. Aber unser System soll auch nicht zu unergiebigsten Debatten einladen. Das Parlamentsbüro will beiden Aspekten gerecht werden. Das ist eine Gratwanderung. Denn Effizienz heisst nicht, dass die Debatten möglichst kurz sein sollen, sondern dass sie möglichst viel Gehalt in möglichst kurzer Zeit beinhalten. In diesem Sinn und Geist hat das Büro eine Effizienzsteigerungsvorlage erarbeitet. Der Prozess hat sich über längere Zeit und über mehrere Parlamentspräsidien erstreckt. Wenn mir recht ist, kam der erste Anstoss von Kathrin Gilgen. Wie im Antrag nachzulesen ist, haben wir viele Stimmen abgeholt und in unsere Diskussionen im Büro einfließen lassen, wo wiederum alle Fraktionen vertreten sind.

Wir beraten heute über die Reglementsänderungen. Hinzu kommen die Änderungen des Vademecums. Aber damit ist es nicht getan. Man kann nicht alles regulieren. Weil wir gute Debatten nicht abwürgen möchten, müssen die Regeln genug Spielräume belassen.

Es liegt an uns Parlamentsmitgliedern, die Spielräume verantwortungsvoll und auf ergiebige Debatten hin gerichtet zu nutzen. Und natürlich auch am Gemeinderat.

Wir haben den Eindruck, dass schon der Prozess, der zu dieser Vorlage geführt hat, Wirkung zeigt. Die Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Parlamentsdebatten effizient durchgeführt werden können, hat etwas bewegt. Und das freut uns. An den letzten Sitzungen wurde auch einmal eine Debatte, die nicht viel hergegeben hätte, aufs formal Nötige beschränkt. Und es kam nur sehr selten vor, dass die Parlamentspräsidentin jemanden ermahnen musste, weil die Redezeit überschritten wurde. Darum sind wir zuversichtlich, dass das Parlament gut mit den neuen Redezeiten umgehen kann.

Lange Voten sind nicht automatisch besser. Es kommt auf den Inhalt an. Geistreichen, differenzierten und spannenden Voten kann man eine Weile zuhören. Aber lange Voten bergen auch die Gefahr, dass es zu Wiederholungen kommt, dass Allgemeinplätze sich häufen und wolkige Aussagen gemacht werden und dass man nicht auf den Punkt kommt. Umgangssprachlich bezeichnet man das als "Gliir". Nicht zuletzt wollen wir den Dialog fördern. Lange Monologe erschweren den Dialog. Kürzere Voten laden eher zur lebhaften Diskussion und Reaktion ein. Darum gibt es maximale Redezeiten. So viel zu unserer Vorlage. Die Anregung "Eine Frage gleich *eine* Frage" nehmen wir gerne mit.

Ihr habt mit den Unterlagen auch die erwähnte Stellungnahme des Gemeinderats erhalten. Gerne nehme ich dazu im Namen des Parlamentsbüros noch kurz Stellung, damit ihr seht, welche Überlegungen wir uns dazu gemacht haben. Der Gemeinderat findet, dass die vorgeschlagenen Massnahmen nicht ausreichen und schlägt weitere Massnahmen vor. Das Büro teilt diese Haltung nicht.

Zu den weiteren Massnahmen stellen wir uns wie folgt:

1. Unbestrittene Vorstösse sollen nicht debattiert werden. Das Büro sieht dieses Anliegen, möchte es aber nicht reglementarisch lösen, sondern pragmatisch. Der Kulturwandel hat gezeigt, dass das funktioniert und zwar nicht nur für Vorstösse, sondern für alle Geschäfte. Zudem wenden wir jetzt Art. 71 des Geschäftsreglements betr. stillschweigende Annahme vermehrt an.
2. Interpellationen sollen nicht mehr traktandiert werden. Das Büro schlägt einen anderen Weg vor. Wir haben heute bereits ein Instrument, mit dem man Fragen stellen kann, ohne dass eine Debatte im Parlament stattfindet. Es ist die Anfrage, wir haben es gehört. Wir stellen aber fest, dass dieses Instrument unattraktiv ist und daher nur selten genutzt wird. Darum haben wir das Instrument dahingehend überarbeitet, dass es einen Mehrwert gegenüber der Interpellation hat. Ich weise darum zusätzlich darauf hin, dass Interpellationen nicht einmal im Grossen Rat nicht traktandiert werden. Sie werden dort traktandiert, aber nicht debattiert.
3. Abschreibungen sollen nicht mehr traktandiert werden, resp. nur noch einmal pro Jahr gesammelt. Das Büro sieht diesen Vorschlag nicht als Effizienzsteigernd. In unserem Parlament werden Motionen häufig diskussionslos direkt im Anschluss an das Geschäft, mit dem die Motion umgesetzt wurde, abgeschrieben – so wie heute. Zu diesem Zeitpunkt ist allen das Geschäft präsent. Ende Jahr müsste man es nochmals neu aufnehmen. Das Büro weist auch darauf hin, dass das Mengengerüst der Abschreibungen in unserem Parlament nicht vergleichbar ist mit der Situation im Grossen Rat.
4. Die Finanzkompetenz des Gemeinderats soll signifikant erhöht werden. Diese Massnahme hätte in der Tat zur Folge, dass das Parlament weniger Geschäfte behandeln würde. Allerdings handelt es sich dabei nicht einfach um eine Effizienzsteigerungsmassnahme, sondern um eine hochpolitische Neuverhandlung der Kompetenzen von Parlament und Gemeinderat. Der Gemeinderat selbst hat in seinem Schreiben vom 10. November 2023 an die Parlaments-, Kommissions- und Fraktionspräsidenten geschrieben, Ziel der Übung sei nicht primär eine Änderung der Kompetenzen. Zudem hätte diese Massnahme eine Änderung der Gemeindeordnung zur Folge. Das Büro hat sich für eine Vorlage entschieden, die auf Stufe Reglement umgesetzt werden kann.
5. Zum Sitzungsbeginn. Ich wiederhole aus Effizienzgründen nicht nochmals alles, was Reto zu dieser Umfrage, welche wir gemacht haben, gesagt hat. Das Büro stellt überdies fest, dass ein früherer Sitzungsbeginn der Miliztauglichkeit, die gemäss der schriftlichen Stellungnahme auch dem Gemeinderat ein Anliegen sei, entgegenstehen würde.
6. Die Teilnahme der Gemeinderatsmitglieder an den Parlamentssitzungen soll überprüft werden. Das Büro hat diese Frage eingehend diskutiert. Es kommt zum Schluss, dass es an der heutigen Regelung festhalten möchte. Das heisst: Grundsätzlich nehmen alle Gemeinderatsmitglieder an den Parlamentssitzungen teil, wie es auch Art. 52 der Gemeindeordnung vorgeschrieben ist. Zum einen erscheint es dem Büro als eine Frage des Respekts und der Aufmerksamkeit gegenüber dem Parlament. Zum anderen stellt das Büro fest, dass im Parlament gestellte Fragen, die sich eigentlich an ein abwesendes Gemeinderatsmitglied richten, von dessen Stellvertretung qualitativ nicht gleich gut beantwortet werden können.

Die Situation scheint dem Büro auch nicht vergleichbar mit jener des Regierungsrats: Die Sitzungszeiten des Grossen Rats sind sehr viel länger als jene unseres Parlaments. Ausserdem steht es den Mitgliedern des Gemeinderats frei, während Debatten, an denen sie voraussichtlich nicht beteiligt sind, E-Mails zu lesen oder private Dinge zu erledigen, wie das heute schon praktiziert wird. Es ist aber möglich, dass sich Gemeinderatsmitglieder im Einzelfall mit einer plausiblen Begründung von der Parlamentssitzung abmelden. Abmeldungen ohne Begründung, wie sie in letzter Zeit vorkamen, empfindet das Büro hingegen nicht als angemessen.

Der Gemeinderat schlägt seinerseits eine Effizienzsteigerungsmassnahme vor, die er in seiner eigenen Kompetenz umsetzen könnte. Nämlich die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen auf maximal ein bis zwei Seiten. Aus Sicht des Büros sind kürzere Antworten nicht automatisch effizienter. Kürzere Antworten können zu Unklarheiten und in der Folge zu zusätzlichen Abklärungen führen. Auch erscheint es uns nicht effizient, aufgrund eines One-Pagers eine Art provisorischen Entscheid zu treffen und anschliessend in einem separaten Geschäft anhand eines Berichts oder dergleichen nochmals dieselbe Debatte zu führen. Aus Sicht des Büros sollten Vorstossantworten so ausführlich wie nötig sein, damit das Parlament einen fundierten Entscheid treffen kann. Zugleich sollen sie nicht unnötig lang sein, weil dies auch die Vorbereitungszeit für die Parlamentsmitglieder verlängert.

So viel zu den Vorschlägen des Gemeinderates. Selbstverständlich ist auch das Büro für einen weiteren Austausch offen. Im Namen des Büros danke ich euch, wenn ihr die vorliegende Vorlage annehmt. Zu den Anträgen, welche vorliegen, komme ich dann in der Detaildebatte nochmals.

Detailberatung

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Wortmeldungen zu "Parlamentarische Vorstösse"? Art. 48, 54, 57, 59 und 61.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich bedanke mich beim Büro, dass wir jetzt eine Art Antwort auf unsere Vorschläge erhalten haben, das lief bisher nicht so gut. Immerhin haben wir jetzt eine Begründung, doch wie gesagt, können wir ja dann vielleicht nochmals über weitere Massnahmen sprechen, wenn diese hier nicht genügend greifen würden. Hier bei Art. 57 welchen wir auf der Tischvorlage haben und welchen wir euch zur Ablehnung empfehlen, handelt es sich aber nicht um eine Effizienzsteigerung, denn, statt etwas zu reduzieren, wird etwas Neues eingeführt, ohne etwas anderes zu streichen. Ihr merkt selber, dass dies nichts mit Effizienzsteigerung zu tun haben kann.

Im Grundsatz begrüssen wir die Idee, dass man effizienter und einfacher Auskunftsmöglichkeiten haben kann, doch wie gesagt, bleibt ja die Interpellation und alles andere bestehen und es gibt einfach noch eine zusätzliche Möglichkeit mit der Einreichung einer Expressanfrage. Das bedeutet für den Gemeinderat und die Verwaltung, dass die gleichen formalen Voraussetzungen, wie für alle anderen Vorstösse einzuhalten sind. Das heisst, wir haben gewisse Fristen intern zu berücksichtigen und wir haben eigentlich kaum Zeit, diese Anliegen in irgendeiner Form anzuschauen. Bereits eine Interpellation, welche dringlich ist, hat eine sehr, sehr kurze Frist, nämlich dieselbe, und darum wären wir auch der Meinung gewesen, dass dies eher etwas ist, was die Effizienz nicht steigert. Jetzt haben wir dann noch ein zweites Instrument, welches man auch noch nutzen kann.

Wir wissen bereits heute, dass man dies gar nicht in allen Fällen in dieser kurzen Zeit machen kann. Es kommt aber auch darauf an, wie extensiv dies genutzt wird. Es wurde zuvor gesagt, wir seien nicht wie der Grosse Rat – ja, wir sind wirklich nicht wie der Grosse Rat. Ich weiss, dass es im Grossen Rat diese Anfragen gibt und das man jetzt auch das einführt, was der Grosse Rat hat. Und das ist das einzige, was wir wohl noch nicht hatten. Wir sehen einfach keinen Mehrwert, sehen aber den grossen Aufwand für uns und wir wären sehr froh, wenn nicht ein zusätzliches Instrument unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung eingeführt würde.

Parlamentsbüro, Casimir von Arx, GLP: Das Büro hat die vorliegenden Anträge natürlich auch besprochen. Reto Zbinden, ich muss dich enttäuschen, du bist nicht der einzige, welcher das Instrument "Anfrage" je angewendet hat, aber dass es so weit zurück liegt, dass man dies nicht mehr weiss, spricht für sich.

Die Anfrage ist natürlich sehr wohl effizienzsteigernd, denn sie ist als Alternative zur Interpellation und zu einem Votum unter Varia gedacht, welche beide die Parlamentssitzungen verlängern. Ich weise noch darauf hin, dass die Anfrage neu inhaltlich eingeschränkt ist. Sie ist nicht nur formal eingeschränkt - es sind ja neu nur noch drei Fragen aus einem Themenbereich möglich, das ist bei einer heutigen Anfrage anders, da gibt es noch keine Einschränkung.

Noch zum Vergleich zum Grossen Rat: Der Regierungsrat, welcher eine etwas grössere Verwaltung hat, schafft es in zehn Tagen, diese Vorstösse zu beantworten und zu übersetzen. Es ist auch bei vergangenen Einführungen von neuen Instrumenten vorgekommen, dass der Gemeinderat diese abgelehnt hat. Das Büro bittet euch, den vorliegenden Anträgen des Büros zuzustimmen und den Antrag des Gemeinderates abzulehnen.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Damit schliesse ich die Diskussion und wir kommen zur Abstimmung. Es liegen Anträge des Gemeinderates vor. Wir haben euch heute per Mail darüber informiert, ihr findet diese auf der neuen Tischvorlage. Der erste Antrag des Gemeinderates sieht vor, alle Artikel der Reglementsänderung separat zur Abstimmung zu bringen. Dieses Vorgehen ist wie im Mail erläutert, kompliziert und zeitintensiv, da die Artikel dieselben Themen behandeln und zuerst Pakete definiert werden müssten, damit wir über die einzelnen Pakete abstimmen könnten. Ich schlage euch darum vor, dass stattdessen, jedes Parlamentsmitglied verlangen kann, dass über einzelne Artikel separat abgestimmt wird, auch wenn keine Abänderungsanträge vorliegen. Über die beiden Empfehlungen des Gemeinderats zur Ablehnung der neuen Regelungen betr. Beantwortungsfrist von Anfragen und betr. Zuständigkeit bei der Verlängerung der Erfüllungsfrist, stimmt das Parlament separat ab. Bevor wir weiterfahren, übergebe ich das Wort nochmals der Gemeindepräsidentin.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Wir haben zuvor bei Art. 57 aufgehört. Bei Art. 61 und 15, welchen es auch betrifft, hat der Gemeinderat, wie ihr auf der Tischvorlage seht, noch einen Antrag. Wir haben diesen auch schriftlich begründet, doch ich bin nicht sicher, ob ihr diese Begründung erhalten habt, denn hier ist sie nicht aufgeführt.

Mit der neuen Regelung sieht es auf den ersten Blick danach aus, dass diese effizienzsteigernd ist, da die Erfüllungsfrist direkt vom Büro beraten werden könnte. Hier haben wir dann aber etwas, das nicht mehr ganz aufgeht und das zuvor auch bereits vom Büro erwähnt worden ist: Es geht ja nicht nur darum, möglichst schnell zu sein, sondern es muss auch inhaltlich insgesamt funktionieren. Neu wären die Beweggründe für den Antrag auf Verlängerung, welche der Gemeinderat euch stellt, nicht mehr öffentlich. Diese würden ins Büro gehen und es steht explizit, dass das Kommissionsgeheimnis nur gezielt für Rücksprachen im Parlament aufgehoben werden kann. Insofern wären diese Diskussionen vom Kommissionsgeheimnis befreit. Die Begründung, warum wir die Verlängerung beantragen oder warum das Parlament diese ablehnt würde dann aber unter das Kommissionsgeheimnis fallen und es wäre damit nicht immer für die Fraktionen gleich verständlich, weil die Diskussion dann ja geheim ist. Sie können zwar Rücksprache nehmen, um euch zu fragen, was ihr davon haltet, aber die Diskussion unterliegt dann ja trotzdem dem Kommissionsgeheimnis.

Und jetzt kann man auch wieder sagen, wir machen es wie im Grossen Rat. Aber dort ist es so, dass die Abschreibungen nicht in den Grossen Rat kommen. Es ist daher entweder oder: Entweder traktandiert man die Abschreibungen nicht mehr, dann muss man auch keine Verlängerungen mehr traktandieren, dann ist dies einfacher. Doch wenn wir hier über Abschreibungen sprechen, aber nicht über die Erfüllungsfristen, dann fehlt ein Teil der Beweggründe und das fehlt auch der Öffentlichkeit. Und wir sehen hier einfach eine gewisse Schwierigkeit, wer, welche Informationen hat, wie man die Öffentlichkeit informiert und dass dies potentiell Konflikte birgt. Das muss nicht sein, doch wir sehen, dass diese Möglichkeit besteht, besonders bei jenen Anträgen, welche umstritten sind. Und das würde insgesamt dann vielleicht trotzdem nicht zur Effizienzsteigerung beitragen, weil wir dann mehr im Clinch miteinander liegen, aber nicht im Sinne einer Lösungsfindung, sondern vielmehr: Wer darf jetzt, wann, was, wie, wieso sagen. Wir finden darum, dass dies noch nicht genug gut durchdacht ist und dass man dies noch genauer anschauen müsste, darum beantragen wir euch, dies hier jetzt nicht zu beschliessen.

Parlamentsbüro, Casimir von Arx, GLP: Es geht jetzt hier um den zweiten Antrag des Gemeinderates, wegen der Fristverlängerung für die Erfüllung. Ich stelle fest, dass bei den meisten Themen hier die Meinungen auseinander gehen, was effizienzsteigernd ist oder nicht. Das können wir so zur Kenntnis nehmen, das Parlament kann dann ja darüber abstimmen.

Zuerst nehme ich noch etwas auf, was Laura Hoffmann gesagt hat: Ja, das Parlamentsbüro würde, wenn es eine Fristverlängerung für die Erfüllung eines Vorstosses beschliesst, das Parlament darüber informieren. Heute ist es so, dass wenn wir eine Fristverlängerung für die Beantwortung eines Vorstosses beschliessen – das ist eine Kompetenz, welche bereits heute beim Parlamentsbüro liegt – dann informieren wir euch hier jeweils auch. Und das würden wir bei der Fristverlängerung für die Erfüllung natürlich auch machen und wir nehmen dies gerne auf. Es erscheint uns sinnvoll, dass man die Begründung dann auch abgibt.

So intransparent ist dies natürlich nicht, ihr habt im Artikel auch gesehen, dass das Kommissionsgeheimnis für derartige Geschäfte aufgehoben ist und in diesem Sinne die Fraktionen gut informiert werden können.

Noch kurz zwei Bemerkungen: Ich bitte euch natürlich, dass ihr dem Antrag des Büros folgt und den Antrag des Gemeinderates ablehnt. Dann noch das: Abschreibungen kommen sehr wohl in den Grossen Rat, sie kommen einfach einmal pro Jahr. Und die Begründungen von Anträgen sind in diesem Parlament hier nie auf der Tischvorlage aufgeführt.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Ich schliesse hier die Diskussion nochmals und stelle die Frage, ob es von Seiten Parlament Anträge für weitere separate Abstimmungen zu Reglementsartikeln gibt. Das ist nicht der Fall. Wir werden über die Artikel, welche der Gemeinderat zur Ablehnung empfiehlt, einzeln abstimmen.

Weiter liegt zur Beschlussziffer 2 ein Abänderungsantrag der SVP-Fraktion vor. Wir stimmen wie folgt ab:

1. Abstimmung über Art. 57 Abs. 1 Bst. c
2. Abstimmung über Art. 61 Abs. und Art. 15 Abs. 2 Bst. d als Paket
3. Schlussabstimmung über den eventuell bereinigten Reglementsentwurf, Ziffer 1 des Antrags des Parlamentsbüro
4. Abstimmung über den Abänderungsantrag der SVP zu Ziffer 2 des Antrags des Parlamentsbüros
5. Schlussabstimmung über die Ziffer 2.

Gibt es Einwände gegen dieses Abstimmungsprozedere? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Beschluss über Empfehlung des Gemeinderats zur Ablehnung der neuen Regelung betreffend die Beantwortungsfrist bei Anfragen

Das Parlament lehnt die Empfehlung des Gemeinderats auf Ablehnung des folgenden Artikels ab:

Art. 57 Abs. 1 Bst. c

Der Gemeinderat hat die Beantwortung parlamentarischer Vorstösse innert folgender Fristen zu verabschieden:

c) Anfragen: 1 Monat

(Abstimmungsergebnis: 28 für neue Regelung betreffend Beantwortungsfrist, 10 gegen neue Regelung)

Beschluss über Empfehlung des Gemeinderats zur Ablehnung der neuen Regelung betreffend die Zuständigkeit für die Verlängerung der Erfüllungsfrist

Das Parlament lehnt die Empfehlung des Gemeinderats auf Ablehnung der folgenden Artikel ab:

Art. 61 Abs. 2

Das Parlamentsbüro kann die Erfüllungsfrist auf begründeten Antrag des Gemeinderats um maximal zwei Jahre erstrecken. Die Mitglieder des Parlamentsbüros können mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen. Sie sind insofern vom Kommissionsgeheimnis befreit.

und

Art. 15 Abs. 2 Bst. d

Es ist insbesondere zuständig für:

Die Fristverlängerung für die Beantwortung und Erfüllung von parlamentarischen Vorstössen durch den Gemeinderat (Art. 57 Abs. 2 und Art. 61.2)

(Abstimmungsergebnis: 27 für neue Regelung betreffend Zuständigkeit für die Verlängerung der Erfüllungsfrist, 10 gegen neue Regelung)

Schlussabstimmung über Ziffer 1 des Antrags des Parlamentsbüros (Reglementsentwurf)

Das Parlament stimmt den Änderungen des Geschäftsreglements gemäss Entwurf zu:

(Abstimmungsergebnis: 28 dafür, 9 gegen dagegen)

Beschluss über Abänderungsantrag der SVP-Fraktion zu Ziffer 2 des Antrags des Parlamentsbüros

Das Parlament stimmt folgendem Antrag der SVP-Fraktion zu:

Die Änderungen treten am ~~1.1.2025~~ **1.8.2024** in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: 21 dafür, 16 dagegen, 1 Enthaltung)

Schlussabstimmung über Ziffer 2 des Antrags des Parlamentsbüros

Das Parlament stimmt der Ziffer 2 des Antrags des Parlamentsbüros mit der beschlossenen Änderung zu:

Die Änderungen treten am 1.8.2024 in Kraft.

(Abstimmungsergebnis: 29 dafür, 0 dagegen, 9 Enthaltungen)

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer und Gemeinderat Hans-Peter Kohler verlassen die Sitzung.

PAR 2024/57

V2218 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Erstunterzeichnende haben das letzte Wort“

Abschreibung; Parlamentsbüro

1. Ausgangslage

Das Parlament hat die Motion auf Antrag des Parlamentsbüros am 13.1.2023 mit 18 gegen 15 Stimmen erheblich erklärt. Die Erfüllungsfrist läuft am 13.1.2025 ab.

2. Effizienzsteigerung im Parlamentsbetrieb

Das Parlamentsbüro hat 2022 ein Projekt gestartet, welches zum Ziel hat, die Belastung der Parlamentsitzungen, namentlich die Dauer und die Geschäftslast der Sitzungen zu reduzieren. Es ist mit verschiedenen Ideen und Vorschlägen zur Straffung der Sitzungsdauer an die Fraktionen gelangt. Aufgrund der Rückmeldungen beantragt das Parlamentsbüro dem Parlament gezielte Änderungen im Geschäftsreglement. Da dieses Geschäft eng mit der Forderung des Vorstosses V2218 zusammenhängt, wurde dieser in das Projekt integriert.

3. Umsetzung des Vorstosses

In der Vorlage zur Effizienzsteigerung des Parlamentsbetriebs werden die Aufträge des Vorstosses wie folgt umgesetzt:

1. Auftrag Motion	Umsetzung	GRP ²
2. Bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse und parlamentarischer Initiativen erhält der/die Erstunterzeichnende vor dem Abschluss der Diskussion auf Wunsch nochmals das Wort.	Neu beträgt die Redezeit von Erstunterzeichnenden von parlamentarischen Vorstössen (ausser Interpellation) und parlamentarischen Initiativen 7 Minuten für die erste Wortmeldung und 3 Minuten für die letzte Wortmeldung.	Art. 39 Abs. 1 Bst d
3. Die Forderung aus Punkt 1 ist im Geschäftsreglement des Parlaments festzuhalten.		
4. Im Geschäftsreglement des Parlaments ist klarzustellen, dass die/der Erstunterzeichnende bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse und Initiativen immer zuerst das Wort erhält.	Der Wortlaut von Art. 39 Abs. 3 wird entsprechend angepasst.	Art. 37 Abs.3

Die Redezeit der Erstunterzeichnenden bleibt insgesamt auf max. 10 Minuten limitiert. Das neue Modell führt deshalb nicht zu einer Verlängerung der Parlamentssitzung.

4. Finanzen

Die Umsetzung der Motion hat keine Kostenfolgen.

5. Stellungnahme Gemeinderat

Der Gemeinderat hat am 7.3.2024 beschlossen, auf eine Stellungnahme zum Abschreibungsbericht zu verzichten.

Antrag

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 31.8.2023

Parlamentsbüro

Beilagen

- 1) Parlamentsantrag Beantwortung 13.1.2023 (online auf Parlamentswebsite)

² Geschäftsreglement des Parlaments

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um eine Abschreibung des Parlamentsbüros. Fall die Abschreibung bestritten ist, bitte ich um entsprechende Voten in der Diskussion. Wenn es keine Voten dagegen gibt, mache ich von der stillschweigenden Annahme des Antrags des Parlamentsbüros Gebrauch.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Abschreibung)

PAR 2024/58

Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung Gemeinde Köniz

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Mit der Abfallstrategie 2024 -2033 löst der Gemeinderat die bisherige Abfallstrategie 2012-2022 ab und setzt einen neuen Rahmen für die Strategieperiode 2024-2033.

Die vorliegende Strategie adressiert die umfassenden Vollzugsaufgaben und operativen Leistungspflichten der kommunalen Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung und die damit verbundenen politischen Handlungsgrundsätze.

2. Die Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung Gemeinde Köniz 2024-2033

Die Strategie 2024-2033 umfasst vier strategische Handlungsfelder, welche als Schwerpunktbereiche einen inhaltlichen Rahmen bilden. Sie sind als Bereiche zu verstehen, welche in ihrer Breite nicht abschliessend definiert und bereichsübergreifend verzahnt sind. Sie beinhalten sowohl verwaltungsinterne Schnittstellen als auch überkommunale Themen und Anliegen.

Handlungsfeld Service public

Innerhalb dieses Handlungsfelds gibt sich die Gemeinde den Auftrag, Entsorgungssicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum zu gewährleisten und gemeinsam mit anderen Gemeinden im Austausch über die Erbringung der Grundleistungen der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung im Interesse der Bevölkerung zu stehen.

Handlungsfeld Umwelt und natürliche Ressourcen

Mit den Leitsätzen in diesem Handlungsfeld definiert die Gemeinde die strategischen Ziele für den Klima- und Umweltschutz bezogen auf die kommunale Abfallbewirtschaftung und den schonenden Umgang mit Ressourcen. Sie berücksichtigt die Anliegen der Kreislaufwirtschaft und zeigt auf, wie sie den Transformationsprozess von einer linearen Abfallwirtschaft hin zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft intensivieren und fördern will.

Handlungsfeld Ökonomie

Die Gemeinde definiert den betriebswirtschaftlichen und gebührenpolitischen Rahmen für die Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung. Zusätzlich prägen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen den Diskurs um die Organisation und die Finanzierung der Leistungen zur Sicherstellung der Sauberkeit im öffentlichen Raum der gesamten Gemeinde.

Handlungsfeld Gesellschaft

Im Sinne der Agenda 2030 sollen die Verwaltung und die Zivilgesellschaft innerhalb des Handlungsfelds Gesellschaft Raum für Kooperation und Partizipationsprozesse schaffen. Die Gemeinde soll sowohl Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklung im Interesse der Gesellschaft schaffen als auch den Vollzug der Abfallgesetzgebung sichern.

Die vorliegende Strategie ist keine Ressourcen-/ Materialflusstrategie, die sämtliche Aktivitäten mit Materialumsatz auf Könizer Gemeindegebiet analysiert und mit Zielen adressiert. Sie fokussiert auf die Siedlungsabfälle / Wertstoffe sowie die kommunale Leistungserbringung zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft. Die Strategie soll einen Anstoss geben, um den Transferprozess von einer linearen Abfallwirtschaft hin zu einem zirkulären Kreislaufdenken in Angriff zu nehmen.

3. Nachhaltige Finanzierung

Die Spezialfinanzierung Abfall der Gemeinde Köniz ist solide finanziert. Die Reserven belaufen sich per Ende 2023 auf CHF 3.8 Mio. bei einem Gesamtumsatz von rund CHF 5 Mio. Die Reserven wurden im Hinblick auf Investitionen in die Abfallbewirtschaftung und als Sicherheit gegenüber marktbestimmten Preisschwankungen in der Wertstoffbranche gebildet.

Die Könizer Abfallgebühren bewegen sich gemäss einer im Juni 2023 veröffentlichten Übersicht des Preisüberwachers im schweizerischen Durchschnitt und auch im Durchschnitt der umliegenden Gemeinden. Aus heutiger Sicht kann dank dem soliden Bestand der SF Abfall davon ausgegangen werden, dass der Gebührentarif kurz- bis mittelfristig nicht angepasst werden muss.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung der Gemeinde Köniz

Köniz, 24. April 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung der Gemeinde Köniz

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Hier handelt es sich um eine Kenntnisnahme der Direktion Umwelt und Betriebe. In der Onlineversion des Parlamentsantrags war die Grafik auf Seite 10 der Strategie nicht lesbar. Das Parlament hat am 5. Juni 2024 eine neue Version per Mail erhalten. Zu dieser Vorlage liegen drei Anträge für Planungserklärungen vor. Ihr findet sie auf der Tischvorlage. Zum Vorgehen: Zuerst hat die GPK-Referentin das Wort, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten des Parlaments, der Gemeinderat und dann die Abstimmung. Mit Mail vom 10.06.2024 haben wir euch über die Möglichkeit über die Planungserklärung informiert.

GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP: Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Um was geht es? Die Abfallstrategie 2012-2022 wird durch eine neue Strategie 2024-2033 abgelöst. Die Strategie adressiert die Kernaufgaben und die Pflichten der Gemeinde in der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung. Sie definiert politische Handlungsgrundsätze für den operativen Betrieb. Die Strategie ist vom Team des Dienstzweigs Abfallbewirtschaftung und Deponie mit externer Unterstützung der Kommunal Partner AG erarbeitet worden. Die Abteilungsleitenden aller Direktionen wurden punktuell einbezogen, denn vier von fünf Direktionen sind unter anderem auch mit der Sauberkeit und der Ordnung im öffentlichen Raum beschäftigt. Die alte Strategie wurde vorgängig analysiert und evaluiert.

- Was ist die Strategie? Die Strategie fokussiert auf Siedlungsabfälle und Wertstoffe und die kommunale Leistungserbringung. Sie soll den Übergang von einer linearen Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft anstossen. Die Strategie umfasst vier Handlungsfelder: Service public, Umwelt und natürliche Ressourcen, Ökonomie und Gesellschaft.
- Was kostet das? Die Spezialfinanzierung Abfall ist solide finanziert. Die Reserven für Investitionen und Preisschwankungen bei den Wertstoffpreisen sollten einen Drittel des Umsatzes von CHF 5 Mio. aufweisen. Aktuell sind in diesem Topf CHF 3.8 Mio., er ist also mit zwei Drittel gut gefüllt. Es besteht aber ein Investitionsstau: Stichworte Tierkörpersammelstelle, E-Fahrzeuge. Die Abfallbewirtschaftung ist in einem marktgesteuerten volatilen Umfeld und darum weisen alle drei Szenarien auf eine Reduktion dieser Reserven hin - wegen der Investitionen oder eben wegen geringerem Wertstoffpreises. Darum ist eine Gebührenanpassung kurz- oder mittelfristig nicht erwartet – sowohl nach oben, wie auch nach unten nicht.
- Was ist in der Strategie nicht enthalten? Die Strategie ist keine umfassende Analyse aller Materialflüsse in Köniz.

Fazit: Die Abfallstrategie 2024-2033 der Gemeinde Köniz verfolgt das Ziel, eine nachhaltige und kreislaufwirtschaftliche Abfallbewirtschaftung zu etablieren. Die Systemgrenze ist eng gefasst.

Die Strategie bleibt darum auch abstrakt und wenig aussagekräftig. Sie dient aber als Leitlinie für Prozessoptimierungen und ist eine Grundlage für den jetzt folgenden Prozess: Verwaltungsintern für die operative Führung der Abfallbewirtschaftung wie auch extern mit der Bevölkerung.

Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung zur Kenntnis zu nehmen. Das Abstimmungsergebnis war 5 zustimmend, 2 teilweise zustimmend, 0 ablehnend.

Jetzt habe ich noch eine andere ganz persönliche Frage: Mich interessiert, warum nur noch zwei von fünf Gemeinderäte hier sitzen. Wir haben ja heute gehört, dass es einen Grund braucht und ich möchte diesen gerne wissen. Das ist eine Frage an die Parlamentspräsidentin.

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Diese Frage kann ich dir nicht beantworten, weil ich dies auch nicht weiss.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Simon Stocker, Junge Grüne: Meine Message heute Abend ist simpel: "Die Zukunft muss kreislauffähiger sein". Wieso das in einer Welt mit immer mehr Menschen, mehr Sachen und mehr Gebäuden, leider aber nur mit endlichen Ressourcen, unumgänglich ist, versteht jedes Kind. Und das gilt genauso für die Gemeinde Köniz: Wir bauen immer mehr Schulen, mehr Strassen, mehr Häuser – und das grösstenteils mit neuen Materialien. Es gibt keinen ökonomischen, ökologischen oder sozialen Grund sich dem zu verwehren.

Unter Betrachtung von diesem Aspekt, nehmen wir sehr positiv zur Kenntnis, dass der Gemeinderat "anstrebt" – so steht es - die Verankerung der Kreislaufwirtschaft in die nächste Legislaturplanung aufzunehmen. Das bedeutet wohl, dass der Gemeinderat erkannt hat, dass die Kreislaufwirtschaft nicht so nebenbei in einer Abfallstrategie geregelt werden kann, sondern umfassender analysiert und geplant werden muss. Nämlich nicht die Abteilung für Umwelt und Landschaft hat den grössten Materialflussabdruck, sondern diejenige der Liegenschaften und der Strassen. Wir verstehen darum nicht genau, wieso nur die AUL im Abschnitt "Gemeindeaufgabe Kreislaufwirtschaft" explizit genannt wird.

Aber jetzt zum Dokument an sich: Die Grünen bedanken sich für die Erarbeitung dieser kurzen und bündigen Strategie. Eine solche Kompaktheit und Lesbarkeit wäre auch für andere Strategien erstrebenswert. Die Strategie enthält für den Teil "Abfallbewirtschaftung" die relevanten Handlungsfelder und verankert dort das Ziel, kreislauffähiger zu werden. Wie aber oftmals bei solch Strategien, fragen wir uns, was diese bewirken. Vielleicht kann uns der Gemeinderat hier nachhelfen: Was wird die Gemeinde Köniz auf Basis dieser neuen Strategie jetzt konkret anders machen als vorher?

Damit die Bevölkerung auch etwas spürt und damit sich vielleicht tatsächlich etwas ändert, reichen wir heute Abend gemeinsam mit der GLP-EVP-Mitte-Fraktion und der SP ein Postulat ein, um zu prüfen, ob zukünftig nicht nur Grünschnitt in Köniz abgeführt werden könnte, sondern auch Rüst- und Speiseabfälle etc. und daraus Biogas gemacht werden könnte.

Und für Interessierte: Wir planen auch noch einen Vorstoss für die directionsübergreifende Kreislaufwirtschafts-Strategie und werden vielleicht auch dort ein Massnahmenpaket fordern.

Ich komme zum Schluss: Trotz fehlender gesamtheitlicher Betrachtung der Kreislaufwirtschaft nimmt die grüne Fraktion die neue Abfallstrategie zwar nicht euphorisch, aber doch zustimmend zur Kenntnis. Die beiden Planungsanträge der SP/JUSO-Fraktion unterstützen wir. Wie bereits gesagt, werden wir für Antrag 2 – das betrifft ebenfalls die Grünabfuhr - mit einem verbindlicheren Postulat nachdoppeln. Die Stossrichtung in Richtung Privatisierung in der Abfallwirtschaft, sehen wir nicht so und darum lehnen wir diesbezüglich den Antrag ab.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Zuerst meine Interessenbindungen: Ich arbeite beim Bundesamt für Umwelt, vertrete hier aber die Haltung der Fraktion.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Strategie. Gute Ziele und Grundsätze, allerdings auch ziemlich selbstverständliche. Wir haben es gehört: Sie sind abstrakt formuliert und darum wenig aussagekräftig.

Sammlungen, Entsorgungshof, Grünabfall-Verwertung: Was macht die Gemeinde am effizientesten selber? Was besser zusammen mit andern? Was lagert sie am besten aus, an andere Gemeinden oder an Private? Dieser Frage geht der Gemeinderat nicht auf den Grund, sondern aus dem Weg. Er nennt hierfür nicht einmal Kriterien.

Im Gegenteil: Er möchte den Standort des Sammelhofs festschreiben – ohne, dass er sich ernsthaft mit einer Alternative auseinandergesetzt hätte – zumindest nicht sichtbar. Auch für das gärende Problem von Quartierkomposten und Grünabfuhr fehlt es an den lang ersehnten frischen Ideen.

Der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben nur teilweise gemacht. Wir nehmen die Strategie deshalb nur teilweise zustimmend zur Kenntnis.

Der Gemeinderat muss nachbessern, für mehr Ökologie und für mehr Ökonomie. Wir bitten euch, der Planungserklärung der SP zur Grüngutsammlung und unserer zur Steigerung der Effizienz zuzustimmen.

Die Planungserklärung der SP zum Gesundheitsschutz lehnt unsere Fraktion hingegen mehrheitlich ab. Das Anliegen unterstützen wir selbstverständlich. Wir vertrauen aber darauf, dass der Gemeinderat das bestehende Arbeitsgesetz umsichtig umsetzt.

Zum Bestand der Spezialfinanzierung haben wir zwei Fragen: Werden hier Zielgrösse und Interventionsgrenze zu Recht gleichgesetzt? Was passiert, wenn absehbar wird, dass die Schwelle erreicht wird?

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung und beim Gemeinderat für die vorliegende Strategie für die Abfall- und Wertstoffverwertung für die nächsten 10 Jahre. Die vier Handlungsfelder erachten wir als sinnvoll definiert und haben darum an der eingeschlagenen Stossrichtung eigentlich auch nichts auszusetzen.

Die Ausrichtung am Ziel der Kreislaufwirtschaft ist wichtig und richtig. Das gleiche gilt für die Elektrifizierung unserer Fahrzeugflotte und dem Ausbau des Angebots bei der Papiersammlung. Es freut uns auch sehr, dass die Bevölkerung bis auf Weiteres nicht mit höheren Gebühren rechnen muss und es freut uns auch, dass der Kernauftrag der öffentlichen Hand auch weiterhin nicht nur klar als Service public deklariert wird, sondern in dieser Funktion sogar auch noch gestärkt werden soll.

Etwas irritiert hat uns der Zeitpunkt dieses Geschäfts. Aus unserer Sicht wäre es logischer und sinnvoller gewesen, wenn diese Strategie vor der Überarbeitung des Abfallreglements erarbeitet worden wäre und dann ein zu den Zielen passendes Reglement erarbeitet worden wäre. Auch ist die Flughöhe der Strategie sehr hoch und die Zielsetzungen sehr allgemein gehalten – zu allgemein, aus der Sicht der SP/JUSO-Fraktion. Es ist darum weiterhin die Aufgabe des Gemeinderates und der Verwaltung, hier Nägel mit Köpfen zu machen und Strategie mit konkreten Massnahmen zum Leben zu bringen.

Die Ausführungen im Kapitel 7 zu den Massnahmen Schwerpunkten erachten wir als zu wenig konkret und erwarten, dass für die Umsetzung ein Massnahmenplan erarbeitet wird, welcher eindeutig benennt, wie die strategischen Ziele erreicht werden sollen. Dabei erachten wir es als wichtig, dass zwei zusätzliche Aspekte auf die Agenda kommen.

Die SP/JUSO-Fraktion hat darum je eine Planungserklärung zu den Themen "Arbeitsbedingungen" und "Grünabfälle" eingereicht, welche ich an dieser Stelle noch kurz begründen möchte: Konkret waren wir etwas erstaunt, dass die Arbeitsbedingungen des Personals, welche all diese Arbeiten für uns erledigen, in der Strategie kaum Erwähnung findet. Wir wissen seit langem, dass die gesundheitlichen Konsequenzen eines Berufslebens in diesem Bereich ernst sind. Gemäss der SUVA hebt jede und jeder Belader:in an einem Arbeitstag drei bis acht Tonnen Abfall und steigt dafür 300 bis 400mal auf und ab. Jeder aufgestellte Container und jede zusätzliche Unterfluranlage reduziert die Zahl der Papierbündel und Abfallsäcke, welche täglich von Hand geworfen werden müssen. Die Gemeinde hat im letzten Jahr bereits einen Leitfaden veröffentlicht, welcher die Vorgaben aufzeigt und es zum Beispiel den Hauswartungen oder Grundeigentümerschaften einfacher machen soll, auf Container umzusteigen. Ein logischer nächster Schritt könnte zum Beispiel sein, den Bestand zu erhöhen, indem eine aktive Kommunikation gepflegt wird und Anreize geschaffen werden. Auch wäre es vielleicht möglich, Materialien zum Thema Halbflur- und Unterflursystemen zur Verfügung zu stellen und auf solche Lösungen hinzuwirken. Damit die Gesundheit der Angestellten, welche täglich bei Wind und Wetter zuverlässig unseren Abfall abholen, verbessert wird. Mit dem aktiven Fördern von solchen Bereitstellungssystemen wäre also mit relativ wenig Aufwand und ohne neue Gesetze und Reglemente eine deutliche Verbesserung möglich.

Die zweite Planungserklärung betrifft die Küchenabfälle. Diese sind beinahe schon zum Symbol für Widersprüchlichkeiten in der Abfallthematik geworden. Nachdem inzwischen leider beinahe alle Quartierkompoststellen geschlossen werden mussten, steht auf der Webseite der Gemeinde Köniz "Rüstabfälle gehören in den Kehrriem". Das heisst in anderen Worten: Der Rohstoff Kompost, aus welchem Biogas und wertvolle Erde entnommen werden könnte, wird bei uns mit allen anderen Abfällen verbrannt. Damit höhnen wir den Begriff der Kreislaufwirtschaft aus, obwohl es erwiesenermassen taugliche Systeme gibt, welche den Rohstoffkompost sammeln und wiederverwerten könnten. Hier fordern wir den Gemeinderat darum auf, aufzuzeigen, wie und unter welchen Bedingungen die Grüngutsammlung auf Küchenabfällen und Speiseresten erweitert werden kann.

Und zur Planungserklärung der EVP-GLP-Mitte-Fraktion teilen wir die Haltung der Grünen, dass es nicht kompatibel mit Privatisierung ist. Für uns ist es ein zentrales Element des Service public und eine Kernaufgabe der öffentlichen Hand.

Die Strategie werden wir teilweise befriedigt zur Kenntnis nehmen und bedanken uns für die Anstrengungen in diesem wichtigen Bereich.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Als ich diese Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung gelesen habe, kam mir eigentlich nur ein Wort in den Sinn: Papiertiger. Es ist einfach nur eine Auflistung von eigentlich Selbstverständlichem und ich sehe da keinen grossen Mehrwert. Ich habe es dann noch etwas genauer angeschaut und ein Fazit gezogen und dieses lautet: "Paralyse durch Analyse". Das bedeutet: So viel Zeit mit Analysen und Planungen zu verbringen, damit keine Zeit bleibt, tatsächliche Massnahmen zu ergreifen. Ich habe euch ein Beispiel dazu: So steht unter Punkt "Sauberkeit im öffentlichen Raum": *"Es wird eine bereichsübergreifende Regelung in Aussicht gestellt."* Braucht es dafür jetzt wirklich so viele Seiten Papier, um dies endlich umzusetzen? Denn genau bei dieser bereichsübergreifenden Zusammenarbeit besteht in der ganzen Gemeinde schon lange viel Handlungsbedarf. Eben, "Paralyse durch Analyse". Vielleicht ist ja genau dies der Grund für die komische Terminplanung, welche zuvor angesprochen wurde.

Ich halte mich kurz und gehe trotzdem noch kurz auf diese Planungserklärungen ein, welche eingereicht worden sind:

- Die erste der SP "Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz" müsste eine Selbstverständlichkeit sein und würde darum auch gut in diese Strategie der Selbstverständlichkeiten passen. Persönlich werde ich diese aber trotzdem ablehnen, wie sich die Fraktion verhalten wird, kann ich nicht sagen, wir haben es nicht diskutiert. Denn selbst, wenn es für die Könizer Gemeinde keine Selbstverständlichkeit sein sollte - was ich wirklich nicht glaube - dann ist der Gesundheitsschutz derart stark verankert, dass es wirklich kaum mehr zusätzliche Spielräume gibt. Wir leben dies auch in unserem eigenen Betrieb: Wir machen regelmässig einen sogenannten GEM-Bericht – ein Gefahren-Ermittlungs-Bericht – wir haben weitere Kontrollen durch den betriebseigenen SiBe – Sicherheitsbeauftragten – durch den SiFa – Sicherheitsfachmann des Branchenverbands – und dann hat gibt es Weisungen und Kontrollen der SUVA und auch durch das Seco. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies bei der Gemeinde viel anders sein wird. Darum sehe ich hier den Handlungsbedarf nicht so ganz.
- Dann die zweite Planungserklärung: Dies kann man definitiv prüfen und ich habe hier gleich noch einen Input: Statt einer Machbarkeitsstudie könnte man ganz einfach das Gespräch mit der Firma Thommen Recycling AG in Thörishaus suchen. Diese nehmen nämlich an anderen Standorten bereits Gastronomieabfälle entgegen. In Thörishaus meines Wissens bis dato nicht. Darum könnte man hier ganz gut Synergien nutzen und dann wäre man hier gleich bei der Planungserklärung 3. Also die Planungserklärungen 2 und 3 verbinden, das Gespräch mit den Könizer KMU's suchen, diese mit ins Boot holen, Synergien nutzen und vor allem einander nicht konkurrenzieren. Darum wäre ich bei der Planungserklärung 2 umformuliert mit dabei, doch so wie es hier steht, muss ich auch diese leider ablehnen. Der Planungserklärung 3 werde ich zustimmen.

"Paralyse durch Analyse" – darum nimmt die SVP ablehnend von diesem Papiertiger Kenntnis. Wir wünschen uns anstelle von Auflistungen von Selbstverständlichkeiten mehr Daten.

Sandra Röthlisberger, GLP: Ich habe noch eine kleine Replik von wegen Service public und Abfallbewirtschaftung. Wir haben heute in dieser Gemeinde bereits die Textil-Sammlung, die Kunststoffsammlung und die erwähnte Wertstoffsammelstelle Thommen im Wangental. Diese leisten einen grossen Beitrag und sind privat. Die Versorgungszentren Migros, welche immer mehr auch auf diese Bring-Sammlungen setzt, nämlich dann, wenn man einkaufen geht. Dann nimmt man auch den Plastik mit, kann diesen dort einwerfen und geht wieder. Wenn man so etwas unter dem Titel Service public machen will, dann ist dies einfach sehr aufwändig.

Also arbeiten wir doch mit den privaten Anbietern zusammen, so wie das jetzt Reto Zbinden gerade erwähnt hat und wir müssen nicht alles neu und selber in dieser Gemeinde erfinden. Ich spreche nicht von der Hol-Sammlung, sondern von der Bring-Sammlung.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Danke für die engagierten Voten und danke dir, Sandra Röthlisberger, für die gute Wiedergabe dieses Geschäfts von Seiten GPK.

Du hast die Kreislaufwirtschaft gleich eingangs erwähnt, diese wird, soweit möglich, im Rahmen der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung umgesetzt.

Doch eben, der Gemeinderat hat gesagt, die Kreislaufwirtschaft auf Gemeindeebene ist eine grosse Sache, da ist nicht unbedingt meine Direktion im Fokus, sondern auch andere, welche die grossen Massen Umläufe haben und ob das allenfalls aufgenommen wird, diskutiert der Gemeinderat in der nächsten Legislaturplanung 2026-2029. Und ich will noch darauf hinweisen: In der Weisung "Beschaffung" steht explizit, dass die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft neu berücksichtigt werden. Das hat man dort also bereits ein Stückweit enthalten.

Zu Simon Stocker: Ja, du hast recht, die Zukunft ist kreislauffähig und wie gesagt, der Gemeinderat wird sich das sehr gut überlegen, dies in die nächste Legislaturplanung aufzunehmen. Du hast auch die Frage in den Raum gestellt – und das haben auch andere gemacht – was diese Strategie überhaupt bewirkt? Die Idee dahinter ist, dass diese die Leitplanken setzt, dass sie Kriterien zur Weiterentwicklung der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung legt. Diese Strategie steht zwischen dem Reglement, welches festlegt, wie es sein soll, und dem operativen Betrieb. So, dass man sich nicht bei jeder Frage, welche den operativen Betrieb betrifft, wieder Grundsatzfragen stellen muss, sondern genau dort soll diese Strategie die Leitlinien setzen. Das auch als Antwort auf verschiedene von euch, welche sich diese Frage gestellt haben.

Andreas Hauser, du hast gesagt, diese Strategie sei etwas abstrakt formuliert. Du hast vielleicht gesehen, dass diese auf 10 Jahre ausgerichtet ist und da bleibt beinahe nichts anderes übrig, als dies auf einer gewissen Flughöhe zu formulieren. Wir haben dies schon bei der vergangenen Strategie gesehen, welche viel konkreter war - da merkt man, dass diese bereits 10 Jahre alt ist. Wenn man will, dass diese Strategie 10 Jahre lang ihre Gültigkeit hat, dann braucht es ein gewisses Abstraktionsniveau.

Weiter wurde die Zusammenarbeit mit Dritten erwähnt. Das ist auch in eurer Planungserklärung enthalten. Dazu will ich Stellung nehmen: Ihr habt vielleicht gesehen, dass im Abfallreglement, in Art. 16, explizit "Kooperation mit Dritten" steht. Dort ist abgehandelt, dass man dort, wo es Sinn macht, mit Dritten kooperieren soll. Und das gilt natürlich auch für die Strategie, das gilt für die Abfallbewirtschaftung, dieses Reglement ist übergeordnet und dem leben wir ja auch nach. Wir kooperieren in ganz vielen Bereichen mit Dritten. Als Beispiel dient der Entsorgungshof: Da sammeln wir zwar, aber das Sammelgut wird weitgehend durch Private entsorgt.

Dann zu Isabelle Steiner, welche gesagt hat, der Zeitpunkt des Geschäfts sei falsch. Das ist nicht so, denn im Reglement steht, dass man eine Strategie machen soll und ich habe gesagt, dass die Strategie zwischen dem Reglement und dem operativen Betrieb anzusiedeln ist.

Dann zu den Arbeitsbedingungen, welche in der ersten Planungserklärung enthalten sind: Diese haben wir an verschiedenen Orten in der Strategie bereits enthalten. Beispiel Punkt 4.1 Handlungsfeld "Service public", dort steht unter Punkt "Optimierungen aktiv umsetzen" explizit, dass wir die Arbeitsbedingungen optimieren wollen. Und auch beim Handlungsfeld 4.3 "Ökonomie" steht, dass man nachhaltige Investitionen tätigt, welche explizit auch den Gesundheitsschutz für die Mitarbeitenden beinhalten, was ein wichtiges Kriterium für unsere Investitionen ist. Und dann will ich noch auf das Abfallreglement Art. 10 verweisen, in welchem die Containerpflicht enthalten ist und das haben wir ja beim Reglement und vor allem auch in der Verordnung massiv verschärft. Wir haben dort gesagt, dass wir bei Sanierungen und bei Neubauten ab sieben Haushalten auf der Containerpflicht bestehen. Es ist also ein Schritt in diese Richtung, doch klar möchten wir hier noch weiter gehen, auch im Sinne des Gesundheitsschutzes unserer Mitarbeitenden.

Reto Zbinden, ich teile deine Auffassung nicht, dass dies ein Papiertiger ist, sondern es sagt, in welche Richtung wir gehen wollen. Und Sauberkeit im öffentlichen Raum wird auch klar adressiert. Vier Direktionen kümmern sich momentan um die Sauberkeit – Sandra Röthlisberger hat dies erwähnt – und da geht es darum, dass man diese Direktionen besser koordiniert. Ein erster Schritt wurde gemacht, aber klar, da müssen wir noch weitere Schritte machen und das ist ganz klar so in dieser Strategie enthalten. Betreffend Gastronomieabfälle sind wir am Prüfen, ob man diese auch für die Speisereste brauchen kann. Und da komme ich zum ganzen Thema Grünabfuhr, welche verschiedentlich erwähnt worden ist: Das haben wir drin, auch auf Seite 11 bei der Umsetzung und Massnahmenswerpunkten, dort sind die biogenen Abfälle explizit unter "Gemeindeaufgaben Kreislaufwirtschaft" erwähnt. Das stimmt, diese machen einen relativ grossen Teil in unserem Abfall aus.

Gemäss Kehrrihtsackuntersuchung des BAFU umfassen diese gegen einen Drittel des Abfalls. Doch dazu will ich sagen, dass ein Teil – und ein nicht unbeträchtlicher Teil – Foodwaste ist und ich will jetzt nicht für den Foodwaste einen extra Kanal eröffnen, sondern da geht es darum, dass man den Foodwaste minimiert. Und da ist es natürlich nicht zielführend, wenn wir sagen, ihr könnt euren Foodwaste hier über diesen separaten Kanal abgeben. Aber, es ist klar, für Grün- und auch für Rüstabfälle, da haben wir die öffentlichen Kompostplätze, welche immer weniger werden – aus Gründen, welche ich hier auch bereits erläutert habe – da sind wir dran, da wollen wir auch Lösungen suchen, im Sinne der Kreislaufwirtschaft, im Sinn der Kaskadennutzung, damit man diese energetisch nutzt und dann noch stofflich verwertet.

Eine Frage gibt es noch von Andreas Hauser, zum Bestand der Spezialfinanzierung: Dort haben wir gesagt, dass wir nicht unter CHF 1.5 Mio. kommen wollen. Die Frage war, ob hier die Zielgrösse und die Interventionsgrenze gleichgesetzt ist. Ja, das ist so, wir schauen ja vier Jahre voraus und sehen, wo wir landen. Ihr habt diese Projektion in der Strategie enthalten. Wenn wir sehen, dass wir in der Planung unter diese Schwelle kommen sollten, dann ergreifen wir Massnahmen. Das sind Effizienzmassnahmen, das betrifft die Nutzung von Synergien, Optimierungen und erst, wenn alles ausgeschöpft ist, dann werden wir vermutlich nicht um eine Gebührenerhöhung herum kommen, aber erst wenn droht, dass der Bestand unter diese CHF 1.5 Mio. fällt.

Ich glaube, ich bin auf die meisten Punkte eingegangen. Danke nochmals für diese Diskussion und für die zum Teil gute und zum Teil kritische Aufnahme dieser Strategie.

Beschluss

Beschluss über Planungserklärung 1 der SP/JUSO-Fraktion

Das Parlament stimmt folgender Planungserklärung der SP/JUSO-Fraktion zu:

Der Gemeinderat wird aufgefordert, den Gesundheitsschutz des Entsorgungspersonals durch technisch und betriebswirtschaftlich geeignete sowie juristisch umsetzbare Massnahmen zu verbessern. Insbesondere soll hierfür das vorhandene Potenzial im Bereich Bereitstellungssysteme besser genutzt werden.

(Abstimmungsergebnis: 19 dafür (mit Stichentscheid Parlamentspräsidentin), 18 dagegen, 2 Enthaltung)

Beschluss über Planungserklärung 2 der SP/JUSO-Fraktion

Das Parlament stimmt folgender Planungserklärung der SP/JUSO-Fraktion zu:

Der Gemeinderat wird beauftragt, durch eine Machbarkeitsstudie aufzuzeigen, unter welchen Voraussetzungen die Grüngutsammlung auf Küchenabfälle, Speisereste und/oder andere Abfallarten erweiterbar ist. Die Analyse berücksichtigt mindestens rechtliche, technische, ökologische und wirtschaftliche Aspekte.

(Abstimmungsergebnis: offensichtliches Mehr)

Beschluss über Planungserklärung der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament stimmt folgender Planungserklärung der SP/JUSO-Fraktion zu:

Der Gemeinderat strebt Effizienzsteigerungen bei der Erbringung der Leistungen der Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung an. Er prüft dafür insbesondere die Zusammenarbeit mit Privaten.

(Abstimmungsergebnis: 20 dafür, 17 dagegen, 1 Enthaltung)

Beschluss über Kenntnisnahme der Strategie

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Strategie Abfall- und Wertstoffbewirtschaftung der Gemeinde Köniz.

(Abstimmungsergebnis: 8 nehmen zustimmend zur Kenntnis, 24 nehmen teilweise zustimmend zur Kenntnis, 6 nehmen ablehnend zur Kenntnis)

PAR 2024/59

V2320 Motion (Grüne, Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Förderung von Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet“

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt:

1. Eine Bestandesaufnahme zu machen, ob und wie weit die vom Bundesamt für Umwelt BAFU vorgeschlagenen Empfehlungen für Musterbestimmungen³ für die kommunale Ebene zur Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet in den bestehenden Instrumenten (Nutzungsplanung, Baureglement, etc.) der Gemeinde Köniz bereits umgesetzt sind.
2. Basierend auf der Bestandesaufnahme gemäss Punkt 1 und gestützt auf Artikel 18b Absatz 2 des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG)⁴ die Empfehlungen für Musterbestimmungen für die kommunale Ebene des BAFU wo nötig und sinnvoll umzusetzen. Dabei sollen die spezifischen lokalen Gegebenheiten der Gemeinde Köniz und die Vernetzung der unterschiedlichen Räume berücksichtigt werden (gemäss Stossrichtung 5 des Biodiversitätskonzepts der Gemeinde Köniz).
3. Zur Förderung der Biodiversität auf *gemeindeeigenen* Flächen (gemäss Stossrichtung 3 des Biodiversitätskonzepts der Gemeinde Köniz) bei neuen Projekten nebst dem Festlegen von Qualitätsvorgaben auch eine Pflicht zur Leistung eines ökologischen Ausgleichs von mindestens 15 Prozent der gesamten Arealfläche einzuführen. Eine flexible Auslegung für spezielle Flächen (Schulanlagen, Friedhöfe, Sportflächen etc.) soll möglich sein. Ausserdem soll er dem Parlament eine Planung vorlegen, um bis 2045 auf der Gesamtheit der gemeindeeigenen Flächen mindestens 15 Prozent ökologisch wertvolle Flächen zu erreichen.
4. Die Massnahmen zur Förderung der Biodiversität auf *privaten* Flächen voranzutreiben, insbesondere die Sensibilisierung der Liegenschaftsbesitzenden durch Festlegen von Qualitätsvorgaben, erlebnisorientierte Information und Auszeichnungen (unter Stossrichtung 4 des Biodiversitätskonzepts der Gemeinde Köniz als Ideen aufgeführt). Dabei soll er, wo sinnvoll, auf bestehenden Grundlagen und Materialien aufbauen, namentlich von Köniz selbst wie auch von Bern und anderen Gemeinden.

Begründung

Die Biodiversität umfasst Ökosysteme und Lebensräume, die Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten und die genetische Vielfalt innerhalb der Arten. Sie versorgt uns mit Nahrung und Trinkwasser, bietet Schutz vor Stürmen und Überschwemmungen und reguliert das Klima, indem sie kühlt, Wasser speichert und die Luftzirkulation fördert.

³https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/biodiversitaet/fachinformationen/biodiversitaetspolitik/strategie-biodiversitaet-schweiz-und-aktionsplan/aktuelle_projekte/musterbestimmungen.html

⁴ https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1966/1637_1694_1679/de#art_18_b

Eine intakte Biodiversität trägt aber auch zur physischen, sozialen und psychischen Gesundheit bei. Naturperlen wie das Köniztal, Schwarzwasser/Sense oder das Grüne Band gehören zu den Standortvorteilen von Köniz als Wohn- und Arbeitsort.

Die Biodiversität steht in der Schweiz stark unter Druck und hat seit 1900 deutlich abgenommen. Um die Artenvielfalt und die Ökosysteme zu erhalten, hat die Schweiz 2012 die Strategie Biodiversität verabschiedet und 2017 einen entsprechenden Aktionsplan lanciert.

Eine Massnahme des Aktionsplans umfasst die Formulierung von Empfehlungen und Musterbestimmungen zur Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität¹, welche die Kantone und Gemeinde auf der Ebene der Gesetzes- und Planungsinstrumenten umsetzen können.

Diese sind nämlich gemäss Artikel 18b des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG)² gesetzlich verpflichtet, in intensiv genutzten Gebieten für einen ökologischen Ausgleich zu sorgen. Im Bereich der Siedlungsgebiete obliegt die Umsetzung den Gemeinden – welche diesen Auftrag oft nur zögerlich wahrnehmen.

Die Gemeinde Köniz hat im März 2022 das Biodiversitätskonzept⁵ verabschiedet, dass der Verwaltung als allgemeine Grundlage und als Handlungsanweisung dient. Zur Förderung der Biodiversität hat der Gemeinderat fünf Stossrichtungen definiert und erste Massnahmen erfolgreich umgesetzt (z.B. mehr Zurückhaltung beim Schnitt entlang von Verkehrswegen, Pflanzenlehrpfad). Eine umfassende Umsetzung steht aber noch aus.

Genau hier setzen die Empfehlungen und Musterbeispiele des Bundesamtes für Umwelt BAFU an. Die Arbeitshilfe basiert auf guten Praxisbeispielen und bestehenden Instrumenten und sind juristisch geprüft, so dass sie einfach in kantonale und kommunale Regelungen übernommen und integriert werden können.

Das BAFU kommt zum Schluss, dass jeweils eine Ausgleichsfläche von mindestens 15 Prozent der betroffenen Arealfläche nötig ist, um die angestrebte ausgleichende Wirkung zugunsten der Biodiversität und der Landschaftsqualität erzielen zu können.

Bei der Sensibilisierung von Privatpersonen hat die Stadt Bern positive Erfahrungen gesammelt, beispielsweise mit einer Auszeichnung für naturnahe Aussenräume.⁶ Auch für eine pragmatische Einstufung der ökologischen Qualität von Flächen kann Köniz auf die Erfahrungen der Stadt Bern aufbauen.

Eingereicht

11.12.2023

Unterschrieben von 19 Parlamentsmitgliedern

Christine Müller, Andreas Hauser, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, David Müller, Dominik Fischli, Simon Stocker, Mayra Faccio, Toni Eder, Matthias Müller, Sandra Röthlisberger, Fabienne Marti, Roland Akeret, Vanda Descombes, Claudia Cepeda, Franziska Adam, Arlette Münger, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag. (Beilage 1: Motionsprüfung vom 25. Januar 2024).

⁵https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/19271/220419_konzept_biodiversitaet_koeniz.pdf?fp=3

⁶<https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/stadtnatur/biodiversitaet/auszeichnungen>

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat mit der Verabschiedung des Biodiversitätskonzepts im März 2022 einen wichtigen Grundstein für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität und der Landschaftsqualität in der Gemeinde Köniz gelegt. In den Grundsätzen ist festgehalten, wie die Gemeinde zum Erhalt und zum Schutz der Biodiversität vorgehen will. Die fünf Stossrichtungen zeigen auf, in welchen Bereichen die Gemeinde Köniz dahingehend Schwerpunkte setzt und die Umsetzung vorantreibt. Zur Erinnerung seien die fünf Stossrichtungen hier kurz aufgeführt:

1. Erstellung und Bewirtschaftung von Grundlagen
 - ➔ Zuverlässige fachliche Grundlagen ermöglichen der Gemeinde, wirkungsvolle und effiziente Massnahmen und Projekte zu planen und umzusetzen.
2. Förderung von Naturwissen und Ermöglichen von Naturerlebnissen
 - ➔ Naturwissen und Naturerlebnisse motivieren und befähigen zur Eigeninitiative bei der Förderung der Biodiversität.
3. Förderung der Biodiversität auf gemeindeeigenen Flächen
 - ➔ Die Gemeinde verfügt über viele eigene Flächen, auf denen sie – oft mit wenig Aufwand – selbst einen Beitrag zur Förderung der Biodiversität leisten kann.
4. Förderung der Biodiversität auf privaten Flächen
 - ➔ Das Potenzial der privaten Flächen für die Förderung der Biodiversität ist sehr gross. Mittels Information, Beratung oder Anreizen soll die Eigeninitiative unterstützt werden.
5. Vorausschauende Planung und regulatorische Lenkungsmöglichkeiten
 - ➔ Die Gemeinde setzt die Instrumente einer vorausschauenden Planung und von regulatorischen Lenkungsmöglichkeiten zur Förderung der Biodiversität zielgerichtet ein.

Die Stossrichtung der Motion geht dahin, den Erhalt und die Förderung der Biodiversität für die Verwaltung und die Privatpersonen verbindlich zu verankern. Das Biodiversitätskonzept bildet für die betroffenen Verwaltungsabteilungen diesen verbindlichen Rahmen, um sich für den Erhalt und die Verbesserung der Biodiversität einzusetzen.

3. Stellungnahme zu den Anträgen der Motion

3.1 Bestandesaufnahme der Empfehlungen für Musterbestimmungen des BAFU

Der Gemeinderat hat mit der Genehmigung der Raumstrategie Köniz - Revisionskonzept für den Richtplan Raumentwicklung Gesamtgemeinde den Grundstein für die Überarbeitung der Könizer Raumplanungsinstrumente gelegt. Das Parlament hat den dafür notwendigen Kredit im März 2024 genehmigt. Die zu erarbeitende Raumstrategie bildet den geeigneten Rahmen einer Gesamtschau um die Förderung der Biodiversität und der Landschaftsqualität mit den Themen Siedlung, Verkehr, Klima, Energie und Landschaft abzustimmen und in geeigneter Form nach Bedarf in die kommunalen Instrumente (Richtplan, Nutzungsplan, Schutzplan, Baureglement) zu integrieren.

Die Empfehlungen des BAFU für Musterbestimmungen⁷ für die kommunale Ebene zur Förderung der Biodiversität und Landschaftsqualität im Siedlungsgebiet werden dabei eine wichtige Rolle spielen.

3.2 Umsetzung der Empfehlungen für Musterbestimmungen des BAFU

Im Rahmen der Raumstrategie sollen die Empfehlungen für Musterbestimmungen des BAFU unter Berücksichtigung der spezifischen lokalen Gegebenheiten geprüft werden. Insbesondere Themen, welchen im aktuellen Richtplan eine untergeordnete Rolle zukommt (z.B. Vernetzung, Biodiversität, Klimaanpassung, Schwammstadtprinzipien etc.) sollen vertieft betrachtet werden. Ein zentraler Teil bildet dabei auch die Erarbeitung von Grundlagen (z.B. Erfassung der Ökosystemleistungen, Versiegelungsgrad, Überarbeitung des Inventar Naturobjekte von 1993, Vernetzungskorridore, etc.).

⁷https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/biodiversitaet/fachinformationen/biodiversitaetspolitik/strategie-biodiversitaet-schweiz-und-aktionsplan/aktuelle_projekte/musterbestimmungen.html

Mit den drei Verbindlichkeitsstufen der Raumstrategie⁸ kann das Thema stufengerecht eingebunden und umgesetzt werden. Grundeigentümerverbindliche Bestimmungen müssten in einer (Teil-) Revision des Baureglements festgelegt werden.

3.3 Förderung der Biodiversität auf gemeindeeigenen Flächen

Die Förderung der Biodiversität auf gemeindeeigenen Flächen ist ein Kernelement des Biodiversitätskonzepts der Gemeinde Köniz. Grundlagen zur Erfassung der ökologischen Ausgleichsflächen auf gemeindeeigenen Flächen sind in Form der GIS-Applikation "Gemeindegrün" vorhanden und werden laufend aktualisiert. Aus Ressourcengründen konnten bis dato erst die Flächen im Verantwortungsbereich der Abteilung Umwelt und Landschaft erfasst werden. Die Erweiterung auf die übrigen gemeindeeigenen Flächen soll im Rahmen der Raumstrategie erfolgen.

Erst wenn diese Analyse abgeschlossen ist, kann eine belastbare Aussage über den Anteil von bereits vorhandenen ökologisch wertvollen Flächen auf gemeindeeigenem Land gemacht werden. Im Rahmen der Raumstrategie wird zu prüfen sein, wie hoch der Anteil aktuell ist, wie er gesteigert werden kann und was eine sinnvolle und erreichbare Zielgrösse ist. Zur Analyse gehört auch festzulegen, was genau unter ökologisch wertvollen Flächen zu verstehen ist, wie sie berechnet werden (z.B. anrechenbare Fläche eines Baums im Strassenraum) und was alles zu «gemeindeeigenen Flächen» gezählt wird (wie soll z.B. mit Baurechten umgegangen werden). Es gilt zu bedenken, dass ein beträchtlicher Teil der gemeindeeigenen Flächen die Strassenfläche ausmacht und dort der Handlungsspielraum aus funktionalen Gründen begrenzt ist. Auf der anderen Seite wäre je nach Anteil Wald in Gemeindebesitz ein Anteil von 15% ökologisch wertvoller Fläche über das ganze Gemeindegebiet sehr leicht oder nur sehr schwer zu erreichen. Es braucht somit einiges an Grundlagenarbeit, bevor sinnvolle, differenzierte und erreichbare Mindestanteile von ökologisch wertvollen Flächen festgesetzt werden können.

3.4 Förderung der Biodiversität auf privaten Flächen

Qualitätsvorgaben gemäss den Empfehlungen des BAFU (oder Teilen davon) müssten im Baureglement, in Zonen mit Planungspflicht (ZPP) oder in Überbauungsordnungen (UeO) auf kommunaler Ebene festgehalten werden. Um diese in Übereinstimmung mit anderen Naturfördermassnahmen und Reglementen zu bringen, braucht es die Gesamtschau im Rahmen der Raumstrategie. Mit der Einbettung des Anliegens der Motionär:innen in die Erarbeitung der Raumstrategie werden die begrenzten Ressourcen effektiver eingesetzt und Doppelspurigkeiten vermieden.

Bei neuen Projekten ist bereits heute eine Grünflächenziffer verbindlich. Je nach Bauklasse beträgt sie in Wohnzonen zwischen 0,3 und 0,35, in den übrigen Zonen zwischen 0,1 und 0,35 (Baureglement, Art. 53). In der Arbeitszone kann ein hochstämmiger Baum mit 50 m² an die Grünfläche angerechnet werden. Die Grünfläche muss möglichst zusammenhängend angelegt werden und es sollen möglichst standortgerechte und einheimische Pflanzen verwendet werden. Trotz dieser Bestimmungen können diese Grünflächen nicht zwingend als ökologische Ausgleichsflächen betrachtet werden. Auch hier ist eine griffige Definition von ökologischen Ausgleichsflächen nötig und es braucht eine differenzierte Betrachtung (wie im Vorstoss angedeutet), damit eine starre Regelung nicht andere essentielle Ziele von neuen Projekten torpediert. Im Rahmen der Raumstrategie sollen sinnvolle Festlegungen für ökologisch wertvolle Flächen und deren Qualität bei neuen Projekten geprüft werden.

Die Abteilung Umwelt und Landschaft erarbeitet im Rahmen des Biodiversitätskonzepts aktuell die Grundlagen für partizipative Anlässe (Wettbewerbe, Zertifizierungen) zur Sensibilisierung privater Grundstückbesitzer. Dabei steht sie in stetem Austausch mit auf diesem Gebiet erfahrenen Gemeinden der Agglomeration Bern. Erste Projekte mit der Bevölkerung sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Um die Wirkung solcher Projekte zu vergrössern und um dem grossen kommunikativen Aufwand zu begegnen, wird die Zusammenarbeit mit erfahrenen Naturfördervereinen wie Pusch⁹ zukünftig vertieft.

⁸ Stufe 1: "Weisung" verwaltungsanweisend (Gemeinderat), Stufe 2: "Strategie" verwaltungsanweisend (Gemeinderat, öffentlichkeitsrelevant), Stufe 3: "Richtplan" behördenverbindlich (Gemeinderat, Genehmigung Kanton)

⁹ <https://www.pusch.ch/fuer-gemeinden/biodiversitaet/projekte/vielfalt>

4. Fazit

In Anbetracht des hohen Handlungsbedarfs begrüsst der Gemeinderat das Anliegen der Motionär:innen, die Biodiversität in der Gemeinde zu stärken. Mit der laufenden Ausarbeitung der neuen Raumstrategie werden dahingehend eigentlich "offene Türen" eingerannt, um dieses wichtige Themenfeld integral zu betrachten und im Sinne der Gesamtentwicklung der Gemeinde abzustimmen. Eine partielle Umsetzung von Bestimmungen und fixe Flächenanteile ohne die nötige Differenzierung erachtet der Gemeinderat aber nicht als zielführend und eher einschränkend, zumal zuerst die nötigen Grundlagen und die entsprechenden Rahmenbedingungen – wie oben dargelegt – geklärt werden müssen. Der Gemeinderat ist bereit, gestützt auf die vorangehenden Erläuterungen, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 24. April 2024

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 25. Januar 2024

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Christine Müller, Grüne: Ich hoffe sehr, dass das, was wir heute Abend hier erlebt haben, nicht zu einer Kultur führt. Denn wir haben heute Abend ja eigentlich gesagt, dass wir eine wertschätzende Kultur fördern möchten.

Aber jetzt zu unserer Motion: Heute Abend können wir einen ökologischen Handabdruck machen. Wir können Rahmenbedingungen schaffen um Biodiversität verbindlicher zu fördern und nachhaltiges Planen zum Standard zu machen. Konkret geht es um die Förderung der Biodiversität im Siedlungsgebiet. Ein wichtiger Hebel dabei ist der ökologische Ausgleich und dieser ist eben verbindlich. Der Bund verpflichtet die Kantone nämlich, in den intensiv benutzten Gebieten für einen ökologischen Ausgleich zu sorgen und innerhalb der Siedlungsgebiete sind damit die Gemeinden zuständig. Das BAFU hält fest, dass die Gemeinden diesen Auftrag nur zurückhaltend wahrnehmen.

Wie sieht es denn in unserer Gemeinde Köniz aus? Der Gemeinderat hat im Jahr 2022 ein Biodiversitätskonzept mit fünf Stossrichtungen verabschiedet. Das sei ein wichtiger Grundstein und ein verbindlicher Rahmen, schreibt der Gemeinderat. Wir Grünen/Jungen Grünen und die EVP-GLP-Mitte-Fraktion finden auch, dass dieses Konzept ein erster wichtiger Schritt ist. Doch wir finden nach wie vor, dass es zu wenig verbindlich ist, dass in diesem Konzept konkrete Richtwerte fehlen und schon damals bei der Lancierung hat Dominique Bühler den Gemeinderat aufgefordert, einen Gang raufzuschalten und hat die Gemeinde Zofingen als Beispiel erwähnt. Gemäss der Bau- und Nutzungsordnung der Stadt Zofingen werden bei grösseren Bauvorhaben nämlich mindestens 15% der Arealfächen als ökologischer Ausgleich gestaltet.

Auch einen Blick in den Jahresbericht 2023 bestätigt: Es sieht etwas mager aus, mit den Errungenschaften im Bereich Biodiversität - leider nicht etwa im Sinn einer artenreichen Magerwiese. Die Pfadi hat invasive Neophyten entlang von Gewässern bekämpft und einzelne Massnahmen, zum Beispiel ein Orchideenpflegekonzept, wurden umgesetzt. Das war es auch bereits. Damit nicht nur Köniz, sondern die Gemeinden allgemein mehr Tempo reinbringen können, hat das BAFU mit den Empfehlungen für Musterbestimmungen eine Hilfestellung für die Gemeinden erarbeitet und somit einen Steilpass geschossen. Mit der vorliegenden Motion nehmen wir diesen Ball auf und spielen ihn dem Gemeinderat zu.

Aus unserer Sicht lässt die vorliegende Motion im Gemeinderat maximale Flexibilität und Handlungsspielraum, bei der Anpassung an die Könizer Verhältnisse. Wir danken dem Gemeinderat, dass er den Ball aufnimmt und den hohen Handlungsbedarf anerkennt.

Und gerne nehme ich noch kurz Stellung zu den einzelnen Antworten des Gemeinderates:

- Punkt 1 und 2 Bestandesaufnahme und Umsetzung der Empfehlungen des BAFU für Musterbestimmungen: Diese Punkte wurden im Sinne eines Prüfungsantrags formuliert. Wir sind mit dem Gemeinderat einig, dass er das Vorgehen nicht verzetteln will und damit die Raumstrategie als Gefäss vorschlägt um Biodiversität integral zu fördern, stufengerecht einzubinden und auch einzusetzen. Mit der Raumstrategie kann vieles, aber eben nicht alles geregelt werden und da erwarten wir vom Gemeinderat, dass er integral denkt, dass er sich um einen Erfahrungsaustausch mit fortschrittlichen Gemeinden bemüht und die Revision des Baureglements auf dem Radar behält. Die heutige Grünflächenziffer gibt zum Beispiel keine Qualitätskriterien vor.
- Punkt 3 Gemeindeeigene Flächen: Wir sind uns bewusst, dass der Gemeinderat noch einiges an Analysen, Definitionen und Vorarbeiten leisten muss, bevor er einen Mindestanteil an einer ökologischen Ausgleichsfläche bestimmen und ausführen kann. Das Gespräch mit der Stadt Bern und dem BAFU, welches wir als Vorarbeit zu diesem Vorstoss geführt haben, bestätigt dies. Diese Gespräche haben aber auch klar aufgezeigt, dass es einen Mindestanteil von 15% braucht, damit die Wirkung nicht verfehlt wird. Wir hätten hier gerne mit der Motion ein stärkeres politisches Signal gesetzt und einen verbindlichen Mindestanteil gefordert, welchen man je nach Flächentyp flexibel hätte auslegen können.
- Punkt 4: Um Biodiversität auf privaten Flächen voranzutreiben haben wir auf Sensibilisierung, erlebnisorientierte Information und Qualitätsvorgaben gesetzt, im Bewusstsein, dass eine Regulierung bei privaten Flächen schwierig ist. Da bräuchte sich der Gemeinderat nicht hinter der Komplexität einer Definition einer ökologischen Ausgleichsfläche zu verstecken.

Wir hätten also gerne etwas mehr Druck für diesen ökologischen Handabdruck gemacht, aber aufgrund der Mehrheitsverhältnisse hier im Parlament, stimmen wir Grünen/Jungen Grünen der Erheblicherklärung dieser Motion als Postulat zu. Wir haben es in der Hand, machen wir also den Handabdruck und zwar nicht nur halbpäzlig, sondern kräftig und mit Engagement und Willen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO: Auch wir wünschen uns ein biodiverses Köniz. Die Motion, welche uns die Grünen/Jungen Grünen-Fraktion vorlegt, ist uns aber zu starr und rennt offene Türen ein.

Mit der Raumstrategie, welche ausgearbeitet wird, sollen die Empfehlungen des Bundesamtes für Umwelt unter Berücksichtigung von spezifischen lokalen Gelegenheiten geprüft werden. Dass man vor dem Abschluss dieser Prüfung bereits mit Prozentzahlen arbeiten will, ist für uns nicht sinnvoll. Wir müssen doch zuerst wissen, wo und wie viel ökologisch wertvolles Land wir haben und wie die Berechnung von diesem aussehen soll, bevor wir mit realistischen Zahlen rechnen können. Es ist klar, dass diese in der Motion geforderten 15% nicht auf allen gemeindeeigenen Grundstücken umgesetzt werden können und es gibt Orte, wo man dies auch gar nicht will. In der Badi oder auch auf Sportplätzen ist es sinnvoll, das Augenmerk auf anderes zu legen. Zum einen, weil das Fussballfeld einen guten Rasen braucht, zum anderen auch, weil ansonsten Menschen mit Allergien gar nicht mehr an Freizeitaktivitäten draussen teilnehmen könnten. Dass man zum Beispiel bei neuen Wohnprojekten darauf schaut, dass man die Grünflächen und vielleicht auch die Dächer und die Hausfassaden möglichst biodivers und sinnvoll bepflanzt, ist klar. Schon heute wird Biodiversität bei neuen Projekten in unserer Gemeinde gefördert. Manchmal haben wir aber beinahe das Gefühl, es hat die höhere Priorität, als die Menschen, welche dort leben.

Wir stimmen der Umwandlung in ein Postulat zu und finden es wichtig, dass wir gemeinsam eine Gemeinde schaffen können, welche für die Natur gut ist, aber auch für die Menschen lebenswerter wird.

Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer: Im Voraus danken wir, die SVP-Fraktion, für die gute Vorlage. Die SVP-Fraktion ist auch für mehr BFF (Biodiversitätsförderflächen) im öffentlichen Raum, aber nicht in diesem Ausmass. Die politischen Kräfte gehen leider in eine andere Richtung und wollen immer mehr Grünflächen verbauen. In der Schweiz sind 19% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bereits BFF, vorgegeben wären 7%. Da machen wir bereits schon einiges für diese BFF.

Wir begrüßen auch, dass der städtische Raum in die Pflicht genommen wird und nicht stets nur die Landwirtschaft. Wenn man zum Beispiel in der Könizer Badi 15% BFF macht - da gehen viele Badetuchplätze verloren. Genauer gesagt: Die Grünfläche in der Badi beläuft sich auf rund 2 ha. Würde man davon 15% BFF wegnehmen, ergibt das eine Fläche von 50x60m.

Wenn man dies in Badetüchern ausmisst, dann wären dies 1'800 Badetücher - schön aneinander gereiht natürlich, das ist mir schon klar.

Die SVP-Fraktion der Gemeinde Köniz stimmt dem Postulat ebenfalls zu.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Zuerst: Meine Interessenbindung: Ich arbeite weiterhin beim Bundesamt für Umwelt, vertrete hier aber die Haltung der Fraktion.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses.

Biodiversität ist grundlegend für die Standortqualität von Köniz. Vielfältige und stabile Ökosysteme tragen zum Beispiel zur Hitzeminderung und zur Schönheit vom Ortsbild bei. Sie sind auch nützlich für die Landwirtschaft. Der volkswirtschaftliche Nutzen von Biodiversität und Landschaftsqualität ist hoch.

Köniz hat ein gutes Biodiversitätskonzept. Es ist aber in der Umsetzung noch nicht so weit vorangekommen, weil es an messbaren Zielen fehlt.

Ein Lichtblick ist sicher die temporäre Begrünung des Bläuackerplatzes, verbunden mit einem Mitmachprojekt. Und es gibt durchaus noch weitere Lichtblicke.

- Punkt 1 und 2 des Vorstosses ist in diesem Sinn ein Prüfauftrag und ein solcher Check-up lohnt sich auf alle Fälle. Wir begrüßen es, dass der Gemeinderat diesen Check-up im Rahmen der Erarbeitung der Raumstrategie plant.
- Punkt 3: Mit den 15 % ökologischer Ausgleich ist der Vorstoss zurückhaltender als zum Beispiel in der Stadt Bern: Diese verfolgt 18 %, gerechnet ohne Waldflächen und Landwirtschaftsgebiete. Und: Der Vorstoss verlangt dies jetzt erst mal nur für die gemeindeeigenen Flächen. Die flexible Auslegung, die Mayra Faccio angesprochen hat, ist im Vorstoss angelegt, wie jetzt am Beispiel der Sportplätze. Der Gemeinderat möchte hier die Zielgrösse präzisieren – wir hoffen, es kommt etwas Griffiges dabei heraus.
- Punkt 4: Bei privaten Flächen setzt der Vorstoss insbesondere auf Sensibilisierung und erlebnisorientierte Information und Auszeichnungen. Die Stadt Bern zeigt vor, wie das geht. Auch das Umweltforum Köniz hat am 4. Mai eine Besichtigung von zwei Gärten durchgeführt. Solche Aktionen regen zum Nachahmen an. Die Gemeinde könnte zum Beispiel auch mit dem Umweltforum Köniz die Kooperation suchen. Es gibt verschiedene Partner für Kooperationen.

Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

David Müller, Grüne: Jetzt muss ich doch noch kurz nach vorne kommen. Zuerst einmal freut es mich, dass das Anliegen grundsätzlich auf Zustimmung stösst. Wie ihr zuvor gehört habt, sind wir aber der Meinung, dass eine Motion hier das Richtige gewesen wäre, dazu haben wir aber leider keine Mehrheit, darum will ich dazu noch etwas sagen: Im Text steht ja explizit - insbesondere bei diesen 15%, welche wir gefordert haben - dass eine flexible Ausgestaltung für zum Beispiel Sportplätze möglich sein soll. Darum verstehe ich jetzt hier nicht ganz, wenn von Seiten SP oder SVP genau das als Beispiel gebracht wird, warum man dies jetzt so nicht überweisen soll.

Dies zum einen und zum anderen: Diesen Gegensatz zwischen Natur und Mensch, welcher von Seiten SP daher geredet worden ist, diesen sehe ich definitiv nicht oder nicht dort. Denn ich finde, wenn irgendwo, dann muss man sich vor Augen führen, dass 35% der Arten in der Schweiz entweder bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht bzw. gefährdet sind und weitere 12% sind potentiell gefährdet. Damit sind wir beinahe schon bei der Hälfte der Arten in der Schweiz und dort tragen wir als Menschen wesentlich dazu bei. Und darum finde ich es etwas fraglich, wenn man hier sagt, es gibt hier einen Konflikt. Denn schlussendlich basiert unser Leben ja auch auf dieser Natur, welche wir im Moment zerstören.

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Es ist so, wie David Müller es jetzt gesagt hat: Die Geschwindigkeit, mit welcher die Arten heute aussterben, ist etwa – und das schätzen die Fachleute – 100mal höher, als im Schnitt der vergangenen 10 Mio. Jahre. Das heisst, wir sind aktuell mitten in einem grossen Massenaussterben. Die Geschwindigkeit ist das, was sehr erschreckend ist. Jetzt kann man sagen, das ist eine weltweite Betrachtung, aber auch in Köniz haben wir unsere Verantwortung.

Wir haben ja vor einigen Jahren dieses Floreninventar mit Freiwilligen gemacht, wo wir km2 für km2 angeschaut haben, wie viele Pflanzenarten vorkommen. Und im ganzen Floreninventar haben wir knapp 1'000 Pflanzenarten auf dem Gemeindegebiet von Köniz gefunden. Und im Vergleich mit der ganzen Schweiz, wo wir ja mit den Alpen, dem Tessin etc. ganz unterschiedliche Klimazonen haben, gibt es etwa 3'900 Arten. So finden wir also rund einen Viertel sämtlicher Arten, welche in der Schweiz vorkommen, auf dem Gemeindegebiet von Köniz. Da haben wir schon eine Verantwortung und es wurde erwähnt, wir haben auch einige Orchideen gefunden, mehr, als ich ursprünglich gedacht hätte. Da haben wir ein Konzept erarbeitet, um diese zu schützen.

Es wurde gesagt: Wir schauen die Förderung der Biodiversität als sehr wichtige Aufgabe in der Raumstrategie an, welche aufgegleist ist. Da sind auch einige Mittel dafür vorgesehen und von daher rennt dieser Vorstoss etwas offene Türen ein. Aber ein fixer Anteil von 15% für den ökologischen Ausgleich wäre ein etwas zu enges Korsett, auch wenn der Vorstoss sagt, man soll dies flexibel auslegen. Und das haben wir in der Antwort auf den Vorstoss auch geschrieben: Wir wollen dies genau anschauen - alleine nur schon was denn "ökologische Ausgleichsflächen" sind. Wie muss man diese definieren? Diese Grundlagen müssen wir zuerst schaffen, damit wir hier im Rahmen der Raumstrategie ambitionierte Ziele vorgeben können.

Zu Christine Aebischer, du hast gesagt, dass das Biodiversitätskonzept verpflichtender umgesetzt werden sollte, da sollte mehr gehen. Da hast du Recht, das stimmt, doch in der Vergangenheit, in den letzten Jahren, haben uns hierzu die Ressourcen gefehlt.

Das konnten wir jetzt in diesem Jahr verbessern und von daher hoffe ich, dass wir jetzt mit den gestärkten Ressourcen, welche wir in diesem Dienstzweig, in dieser Abteilung haben, mehr werden umsetzen können.

Dann hast du noch den Jahresbericht erwähnt, dass dort diesbezüglich etwas wenig enthalten ist. Das sind natürlich längstens nicht alle Massnahmen, welche wir im Bereich Biodiversität umsetzen. Ich will hier zum Beispiel die Unterstützung des Pro Natura Zentrums erwähnen, welches sehr, sehr gute Arbeit macht oder auch, was alles bei den Friedhöfen geht, bei der Neuausschreibung der Grünpflege auf den Friedhöfen, wo wir ökologische Ziele sehr prominent in dieser Ausschreibung enthalten haben. Dies um nur zwei Beispiele zu nennen.

Dann zum Gegensatz zwischen Mensch und Natur, welcher Mayra Faccio erwähnt hat: Das sehe ich auch nicht, denn wenn es der Natur gut geht, dann geht es auch dem Mensch gut. Und das ist schliesslich auch unsere Lebensgrundlage. Und gerade bei Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, kommt gerade dem Schatten eine wichtige Rolle zu, den ganzen Grünflächen, welche kühlen, kommt eine entscheidende Rolle zu und so ist dies überall kein Gegensatz, sondern im Gegenteil, das spielt ineinander und genau das ist dann auch das Ziel, welches wir in der Raumstrategie verfolgen.

Roland Hofer, du hast diese Biodiversitätsförderflächen erwähnt. Ja, das ist ein wichtiger Teil, welcher die Landwirtschaft an die Biodiversität beiträgt. Aber es ist natürlich schon so, dass in der Siedlungsfläche, im Siedlungsgebiet, die Biodiversität höher, als in der intensiven Landwirtschaft ist und diese BFF sind dazu da, um hier etwas Gegensteuer zu geben.

Danke Andreas, dass du den ersten Schritt zur Begrünung des Bläuackerplatzes erwähnst. Da wird es gegen Ende August Mitwirkungsmöglichkeiten geben, wo ihr eure Meinung dazu ebenfalls abgeben könnt. Und ja, die Stadt Bern ist ein Vorbild. Diese machen in diesem Bereich viel und haben sehr grosse Ressourcen. Wie gesagt, wir konnten hier auch etwas zulegen und hoffen, wir können hier jetzt auch mehr machen. Und die Kooperation mit dem Umweltforum Köniz ist zwischen der Gemeindeverwaltung und der Abteilung Umwelt und Landschaft sehr eng, das machen wir also bereits.

Ich bin euch dankbar und habe jetzt nichts mehr anderes gehört. Ich danke euch, wenn ihr diese Motion als Postulat annehmt.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2024/60

V2402 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) „Regionales Kompetenzzentrum, Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland (RKZ BBM)“

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Vorstosstext

Aufgrund der gesetzlichen Grundlagen des Kantons Bern sind die Hauptträgerinnen des Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Kulturgüterschutz die Gemeinden. Diese sind verpflichtet Teile der Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes zu gewährleisten. In Köniz wird das Regionale Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland betrieben. Ab dem 1. Januar 2025 laufen die Verträge zwischen den ZSO (Zivilschutzorganisationen der Gemeinden) und der Gemeinde Köniz aus. Somit geht das regionale Kompetenzzentrum an die Gemeinde Köniz zurück. Auf der Homepage wird zudem bereits vermerkt, dass Reservationen / Belegungen bis 31.10.24 getätigt werden können.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Mit welcher Begründung hat die Gemeinde Köniz eine Weiterführung des Regionalen Kompetenzzentrums respektive der Gemeindeverband Regionales Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland aufgelöst?
2. Was geschieht mit der Ausbildungsinfrastruktur zukünftig? Hat der GR bereits Projekte/Pläne?
3. Die Übungsanlage für den Bevölkerungsschutz und für die Brandschutzschulung ist auf dem Areal. Wie ist die zukünftige Nutzung geplant?
4. Wo will die Gemeinde Köniz zukünftig die Ausbildung im Zivilschutz umsetzen?
5. Wie ist künftig die Zusammenarbeit mit den verschiedenen ZSO geplant?
6. Die vorhandene Brandsimulationsanlage BSA steht den Feuerwehren, für die Einsatzübungen zur Verfügung und wird rege durch die Feuerwehr Köniz gebraucht. Wie wird eine weitere Nutzung für die Feuerwehr Köniz vorgesehen?
7. Falls keine weitere Nutzung vorgesehen ist: Wirkt sich dies negativ auf die Qualität der Feuerwehr Köniz aus?
8. Sind die weiteren Räumlichkeiten für eine anderweitige Nutzung vorgesehen? Wie zum Beispiel Schulraumnutzung?
9. Wenn Ja, welche Massnahmen müssten getroffen werden, um weiteren Schulraum in diesem Areal zu realisieren?

Eingereicht

18.03.2024

Unterschrieben von 18 Parlamentsmitgliedern

Katja Streiff, Matthias Müller, Roland Akeret, Andreas Hauser, Michael Gerber, Fabienne Marti, Jürg Mosimann, Heidi Eberhard, Andrea Winzenried, Casimir von Arx, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Laura Hoffman, Lukas Erni, Bülent Celik, Reto Zbinden, Kathrin Gilgen, Roland Hofer

Antwort des Gemeinderates**Frage 1: Mit welcher Begründung hat die Gemeinde Köniz eine Weiterführung des Regionalen Kompetenzzentrums respektive der Gemeindeverband Regionales Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz Bern-Mittelland aufgelöst?**

Die Auflösung des Vertrags erfolgte nicht durch die Gemeinde Köniz, sondern durch das RKZ BBM, einem eigenständigen Gemeindeverband mit 62 Mitgliedsgemeinden, zu denen auch Köniz gehört.

Der Vorstand des RKZ BBM war entschlossen, das RKZ BBM strategisch so zu positionieren, dass es als Ausbildungszentrum auch im Rahmen einer Konzentration der kantonalen Ausbildungsstandorte Feuerwehr und Zivilschutz eine Zukunft hat.

Ende Juni 2023 haben die Gebäudeversicherung (GVB) und das Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM) die Ausbildungszentren darüber informiert, dass das Projekt einer künftigen gemeinsamen, zentralen Ausbildungsinfrastruktur für Feuerwehr und Zivilschutz an einem einzigen Standort von beiden zuständigen Regierungsräten unterstützt wird. Das RKZ BBM kommt als Ausbildungszentrum gemäss den Kantonsvertretern nicht in Frage.

Hinzu kam die personelle Situation im RKZ BBM: Altersrücktritt Zentrumsleitung, Fachkräftemangel (fehlende Ausbilder) und daraus das finanzielle Risiko bei möglichen Kursausfällen. Auch genannt wurde der anstehende Investitionsbedarf wie die Sanierung des Übungsgeländes und des Materialgebäudes sowie Ersatzbeschaffungen im Bereich Fahrzeuge und Ausbildungsmaterial. Auch stehen Fusionen von Zivilschutzorganisationen an, mit entsprechenden Einbussen bei den Einnahmen. Der Vorstand kam nach reiflicher Überlegung zum Entschluss, dass ein «kontrolliertes Herunterfahren» auf Ende 2024 die beste Option für die Verbandsgemeinden ist.

Der Gemeinderat Köniz hat beschlossen, dem Antrag des Vorstandes RKZ BBM zur Auflösung des Gemeindeverbandes RKZ BBM per 31.12.2024 zuzustimmen.

An der Abgeordnetenversammlung RKZ BBM vom 13. Dezember 2023 wurde die Auflösung des Gemeindeverbandes einstimmig beschlossen.

Frage 2: Was geschieht mit der Ausbildungsinfrastruktur zukünftig? Hat der GR bereits Projekte/Pläne?

Die Abteilung Immobilien prüft welche Nutzungen des Areals möglich, realistisch und zielführend sind. Denkbar sind gemeindeinterne Nutzungen, aber auch externe Lösungen im Sinne eines neuen Baurechtsnehmers. Der Gemeinderat wird anschliessend auf Basis der erarbeiteten Grundlagen über die weitere Nutzung entscheiden. Nach dem Beschluss des Gemeinderats wird die Umsetzung so schnell wie möglich vorantreiben.

Frage 3: Die Übungsanlage für den Bevölkerungsschutz und für die Brandschutzschulung ist auf dem Areal. Wie ist die zukünftige Nutzung geplant?

Die Übungsanlage (das Aussengelände) gehört vollumfänglich zum RKZ BBM. Ausführungen siehe vorangehende Antwort zu Pt 2.

Frage 4: Wo will die Gemeinde Köniz zukünftig die Ausbildung im Zivilschutz umsetzen?

Die ZSO Region Köniz besteht aus den Gemeinden Köniz, Neuenegg, Laupen, Mühleberg, Ferribalm, Kriechenwil, Wileroltigen und Gurbrü. Die Ausbildung der Angehörigen des Zivilschutzes (AdZS) erfolgt im RKZ BBM: Grund- und Fachausbildung, Ausbildung der Spezialist:innen und des Kaders.

Diese Ausbildungen werden zukünftig hauptsächlich im Ausbildungszentrum in Spiez durchgeführt. Ein Anschluss der ZSO Region Köniz an den Gemeindeverbund des RKZ Spiez ist nicht geplant. Zudem besteht die Möglichkeit, einzelne AdZS, wie Spezialist:innen oder Kader, im Ausbildungszentrum Aarwangen und / oder im Ausbildungszentrum in Sugiez (Kanton Freiburg) auszubilden. Schutz und Rettung Köniz hat bereits entsprechende Abklärungen und Absprachen getroffen.

Frage 5: Wie ist künftig die Zusammenarbeit mit den verschiedenen ZSO geplant?

Die ZSO Region Köniz arbeitet seit jeher eng mit den benachbarten ZSO zusammen. Es werden gemeinsame WK und Übungen durchgeführt, die ZSO helfen einander personell und auch mit Fahrzeugen und Gerätschaften aus. Der Kontakt zwischen den Kommandanten und den AdZS erfolgt regelmässig und kameradschaftlich. Diese Zusammenarbeit wird auch in Zukunft im gleichen Umfang erfolgen. Fusionen mit anderen regionalen ZSO sind momentan nicht geplant.

Frage 6: Die vorhandene Brandsimulationsanlage BSA steht den Feuerwehren, für die Einsatzübungen zur Verfügung und wird rege durch die Feuerwehr Köniz gebraucht. Wie wird eine weitere Nutzung für die Feuerwehr Köniz vorgesehen?

Die BSA Köniz wurde durch die Feuerwehr Köniz aufgebaut und betrieben. Im Frühling 2019 übernahm das RKZ BBM die BSA Köniz.

Gemäss den Vorgaben müssen Atemschutzgeräteträger einmal pro Jahr eine Übung in einer zertifizierten BSA durchführen. Zusätzlich müssen alle Angehörigen der Feuerwehr alle zwei Jahre eine Ausbildung für Kleinlöschgeräte absolvieren, für die eine zugelassene Infrastruktur benötigt wird. Bisher führte die Feuerwehr Köniz diese Ausbildungen grösstenteils im RKZ in Schliern durch. Ein Detachement besuchte jeweils ein anderes Ausbildungszentrum (Erweiterung des Horizonts und Abwechslung in der Übungsanlage).

Die Feuerwehr Köniz kann die Ausbildungen und Übungen, wie übrige Feuerwehren auch, in anderen Ausbildungszentren absolvieren.

Frage 7: Falls keine weitere Nutzung vorgesehen ist: Wirkt sich dies negativ auf die Qualität der Feuerwehr Köniz aus?

Eine Schliessung des RKZ BBM, der BSA, hätte keinen Einfluss auf die Qualität der Feuerwehr. Die Ausbildungsstandards sind auch über andere Ausbildungszentren zu erreichen. Ausbildungen in anderen Zentren wären für die Angehörigen der Feuerwehr Köniz mit einem grösseren Zeitaufwand verbunden. Entsprechend ist auch mit einem höheren Aufwand bei den Soldausgaben zu rechnen.

Frage 8: Sind die weiteren Räumlichkeiten für eine anderweitige Nutzung vorgesehen? Wie zum Beispiel Schulraumnutzung?

Mögliche Nutzungen des Areals werden aktuell evaluiert. Diese Evaluation erfolgt in der notwendigen Tiefe und ergebnisoffen.

Frage 9: Wenn Ja, welche Massnahmen müssten getroffen werden, um weiteren Schulraum in diesem Areal zu realisieren?

Die künftige, mögliche Nutzung des Areals ist sorgfältig zu prüfen und alle wesentlichen Parameter sind zu berücksichtigen: Nutzen für die Bevölkerung, betrieblicher Aufwand, notwendige Investitionen, Erreichbarkeit (Fuss, Velo, öV), strategische Überlegungen u. ä.

Köniz, 15.05.2024

Der Gemeinderat

Diskussion

Die Diskussion wird nicht beantragt.

Erstunterzeichnerin Katja Streiff, EVP: Ich hätte hier eigentlich gerne die Diskussion verlangt, aber da keiner der drei zuständigen Gemeinderäte anwesend ist, ist es einfach auch nicht sehr sinnvoll, ergänzende Fragen zu stellen.

Mein Fazit aus den Antworten ist nicht euphorisch und ich bin nur teilweise befriedigt. Denn zusammenfassend kann ich sagen, der Gemeinderat gibt in der Beantwortung nur dürftig neue Informationen. Wenn ich in der Antwort lese, dass die Feuerwehr Köniz die Ausbildungen und Übungen in anderen Ausbildungszentren, wie zum Beispiel in Spiez, absolvieren können und das ja kein Problem sei, dann empfinde ich dies als einseitige Sicht. Natürlich, rein objektiv gesehen, hat der Gemeinderat Recht, doch vergisst er, dass dies zu einem geschätzten Mehraufwand von CHF 23'000 führen würde, dass der Besuch eines anderen Zentrums einen grösseren Zeitaufwand bedeuten würde und wir hier von Abendübungen, meist bis nach 23.00 Uhr, oder auch von zusätzlichen Samstagsübungen sprechen.

Ich kann mir vorstellen, dass beides bei den Betroffenen auf wenig Akzeptanz stossen würde. Zudem würde der administrative Aufwand für die Organisation steigen.

Der Gemeinderat hat Recht, wenn er schreibt, dass eine Schliessung des RKZ somit nicht zwangsläufig einen direkten Einfluss auf die Qualität der Feuerwehr hat. Die Qualität ist und bleibt gut. Sie hat aber sehr wohl auf die Motivation und den Arbeitsaufwand der Milizangehörigen Einfluss. Dass dies in den Antworten nicht wirklich gewichtet worden ist, erstaunt mich.

Weiter erstaunt mich, dass die Bildungsabteilung in dieser Interpellation nicht zu Wort gekommen ist und sich überhaupt nicht geäussert hat. Wäre dieses Areal nicht ein idealer Schulraum in Schliern? Wäre dieses fixfertige Gebäude nicht als Schulhaus geeignet? Das sind Fragen, welche gestellt worden sind und mit keinem Wort beantwortet wurden. Immerhin schreibt die Abteilung Immobilien, dass sie prüft, welche Nutzung für das Areal möglich, realistisch und zielführend ist und dass eine mögliche Nutzung des Areals aktuell evaluiert wird.

Ja, ich habe durch diese Interpellation die Diskussion für ein wichtiges und relevantes Areal in Schliern eröffnen und zumindest etwas visionäre Denkanstösse geben wollen. Ich hoffe, das mir dies beim Gemeinderat gelungen ist und er bis am 1. Januar 2025 visionär weiss, was er auf diesem wichtigen Areal verwirklichen möchte.

Die Interpellantin ist mit der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

PAR 2024/61

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V2407 Postulat (Grüne/Junge Grüne, SP/JUSO, EVP-GLP-Mitte) "Vergärungsanlage"

Diskussion

Parlamentspräsidentin Arlette Münger: Das Wort wird nicht mehr verlangt. Die nächste Parlaments-sitzung findet am 19. August 2024 statt.

Ich bedanke mich bei euch, dass ihr es bis zum Schluss an dieser zweiten Sitzung in diesem Monat ausgehalten und euch für Köniz engagiert habt. Ich wünsche euch einen schönen Abend und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

Im Namen des Parlaments

Arlette Münger
Parlamentspräsidentin

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament